

POLIZEI, ORDNUNGSDIENST UND BÜRGER:INNEN IM DIALOG

**Wie lassen sich die Beziehungen
zwischen Polizei, Ordnungsamt
und Bevölkerung verbessern?**

EQAL

**Eine Handreichung des
Düsseldorfer Pilotprojekts EQAL**

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|----|---|
| | Einleitung |
| 4 | Vertrauen in Sicherheits- und Ordnungsbehörden |
| | Ansatz |
| 6 | Citizen Police Academies |
| | Instrumente |
| 10 | Instrumente der wissenschaftlichen Begleitung und Koordination |
| | 3 Fragen an |
| 14 | Dirk Sauerborn |
| | Wissenschaftliche Ergebnisse |
| 16 | Beziehungen zwischen Polizei, Ordnungsamt und Bevölkerung – Ergebnisse der Bestandsaufnahme in Düsseldorf-Oberbilk |
| | Umsetzung |
| 22 | Austausch- und Lernprogramm |
| 23 | Rekrutierung |
| 24 | Modulhandbuch |
| 46 | Programmdurchführung |
| | Evaluation |
| 48 | Ergebnisse der Evaluation |
| | 3 Fragen an |
| 54 | Dr. Karsten Lauber |
| | Fazit |
| 56 | Erfolgsfaktoren des Austausch- und Lernprogramms |
| 58 | Zentrale Learnings |
| | Anhang |
| 60 | Steckbriefe |
| 61 | Literatur |
| 62 | Infobox |
| 62 | Quellen |
| 62 | Danksagung |

Förderung

Gefördert durch:



Koordination



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder des Bundesministeriums des Innern (BMI) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Jacqueline D. Oppers, Tim Lukas
Bergische Universität Wuppertal | Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit
Wuppertal, April 2026

Vertrauen in Sicherheits- und Ordnungsbehörden

Sicherheits- und Ordnungsbehörden genießen in Deutschland grundsätzlich ein hohes Maß an Vertrauen. Zugleich zeigen aktuelle Studien, dass dieses Vertrauen je nach ethisch-sozialer Gruppenzugehörigkeit sehr unterschiedlich ausgeprägt sein kann.

So verdeutlichen etwa die Ergebnisse der bundesweiten Opferbefragung „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)“, dass insbesondere junge Menschen und Personen mit Migrationsgeschichte ein signifikant eingeschränktes Vertrauen in die polizeiliche Effektivität und Fairness aufweisen (Birkel et. 2022). Darüber hinaus vermag das Bekanntwerden rechtsextremer Vorfälle in einzelnen Dienst- und Chatgruppen der Polizei das Vertrauen in die Sicherheits- und Ordnungsbehörden insbesondere in diversitätsgeprägten Stadtteilen nachhaltig zu beeinträchtigen. Öffentliche Diskussionen um *Racial Profiling* und unverhältnismäßige Polizeigewalt können diesen Eindruck verstärken (Oppers et al. 2024).

Dabei gilt das Vertrauen in die Arbeit von Sicherheits- und Ordnungsbehörden generell als eine zentrale Grundlage für das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaats und als Basis für die wahrgenommene Legitimität staatlicher Autorität und kooperatives Verhalten der Bürger:innen (Tyler 2017). Gerade in städtischen Quartieren, in denen interethnische und interreligiöse Spannungen zunehmen, gewinnen der Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zwischen Sicherheits- und Ordnungsbehörden und relevanten Interessenvertretungen sowie die Kooperation mit den Bürger:innen daher an Bedeutung (Schneider & Lukas 2023).

Das Projekt EQAL

Mit dem Projekt „Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms zur Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Polizei, Ordnungsdienst und Stadtgesellschaft (EQAL)“ wurde ein innovatives und problemorientiertes Format bürgernaher Sicherheitsarbeit konzipiert und im diversitätsgeprägten Stadtteil Düsseldorf-Oberbilk umgesetzt. Zentrales Ziel war es, durch einen offenen und konstruktiven Austausch zwischen Polizei, kommunalen Ordnungsdienst und Bürger:innen, Barrieren und Vorurteile abzubauen, wechselseitiges Verständnis für die Perspektiven des/der jeweils anderen niedrigschwellig zu fördern und so dem Vertrauens- und Legitimitätsverlust in Sicherheits- und Ordnungsbehörden präventiv zu begegnen. Das Projekt EQAL wurde über eine Gesamtlaufzeit von zwei Jahren (2023-2024) umgesetzt und durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen des



„Kooperationsnetzwerks - Sicher Zusammenleben (KoSiZu)“ sowie durch das Ordnungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf gefördert. Konzeptionell knüpft das Programm an den US-amerikanischen Ansatz der Citizen Police Academies an, der in den USA als eine Form bürgernaher Polizeiarbeit seit vielen Jahren etabliert ist und einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und Bevölkerung leistet. Mit EQAL wurde ein vergleichbares Format in Deutschland pilotiert und auf die sozialräumlichen Bedingungen des diversitätsgeprägten Stadtteils Düsseldorf-Oberbilk übertragen.

Das Ziel des Programms war es, Einblicke in die behördlichen Aufgaben, Rechte und Zuständigkeiten zu vermitteln sowie Erfahrungen, Erwartungen und Bedarfe der Bürger:innen sichtbar zu machen. In einem konfliktfreien Rahmen erfolgten hierfür interaktive Begegnungen jenseits von Kontrollsituationen oder behördlichen Eingriffen im Alltag. Das Format ermöglichte es, neues Vertrauen aufzubauen und wechselseitige Vorurteile zu reflektieren. Auf diese Weise leistete das Programm einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenswelt der Bewohner:innen wie auch der Arbeitsbedingungen der behördlichen Akteur:innen im Stadtteil. Das Austausch- und Lernprogramm bezieht sich auf die im Abschlussbericht der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ (► Infobox) formulierte Empfehlung der lokalen Vernetzung von Polizeibehörden in ihren Quartieren und der Entwicklung von Veranstaltungsformaten zur Sensibilisierung für lokale Sozialstrukturen und Kulturen (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen 2021, S. 67 ff.).

Die Entwicklung und Implementation des Programms wurde über die gesamte Projektlaufzeit wissenschaftlich durch das Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität Wuppertal begleitet und evaluiert. Die Umsetzung wurde in enger Zusammenarbeit mit den polizeilichen und kommunalen Praktiker:innen der Polizeiinspektion Düsseldorf-Mitte, des Ordnungs- und Servicedienstes (OSD) und des Kriminalpräventiven Rates (► Steckbriefe) der Landeshauptstadt Düsseldorf realisiert. Darüber hinaus wurde für das Projekt ein transatlantischer



Wissenstransfer mit US-amerikanischen Partnerorganisationen (FBI Field Office Boston, Boston Police Department) etabliert, ergänzt durch eine offizielle Kooperation mit der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV NRW).

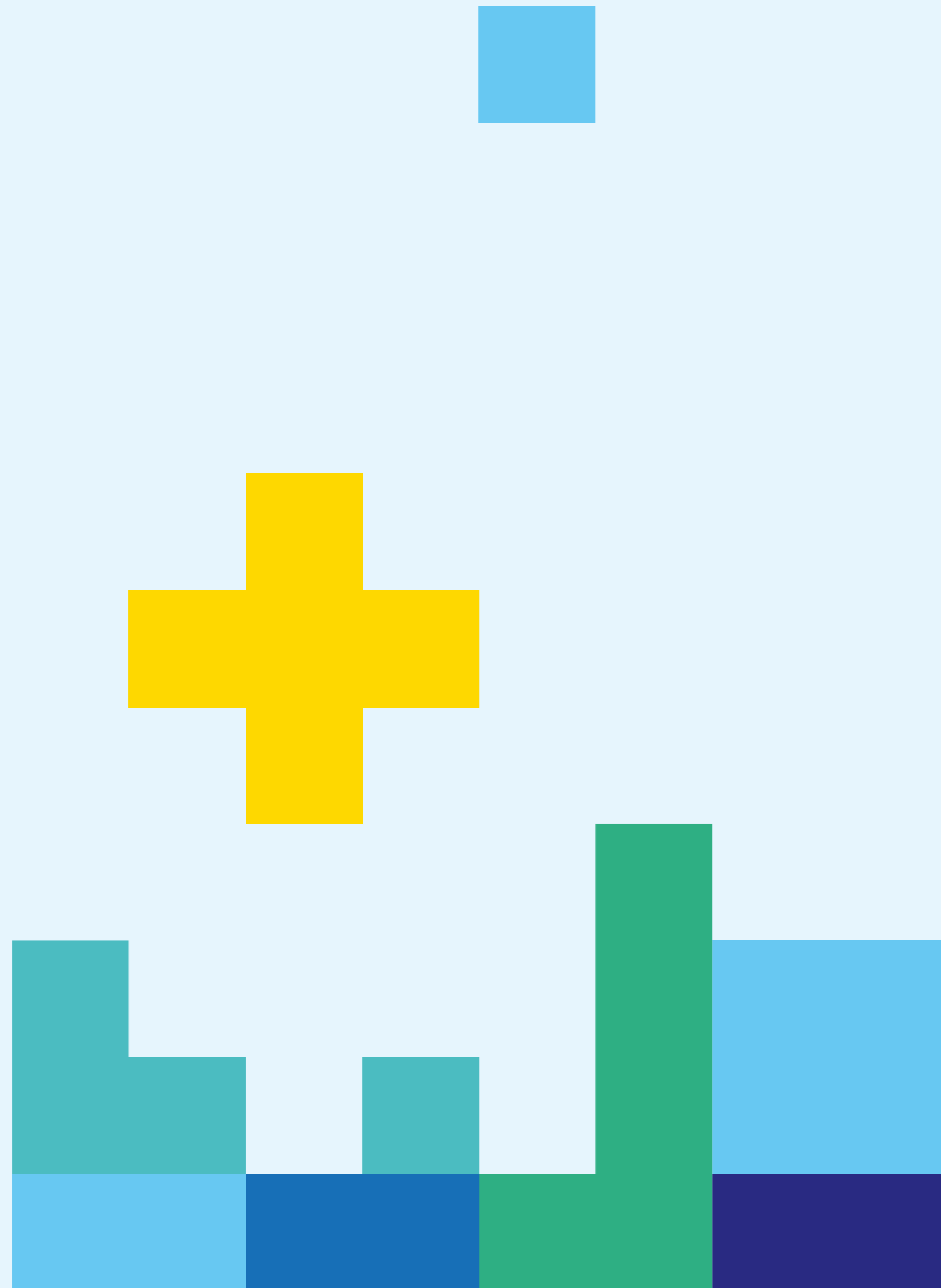
Die in dieser Handreichung enthaltenen Rahmenempfehlungen fassen die zentralen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung und Programmentwicklung zusammen. Sie dienen als Praxisleitfaden für andere Sicherheits- und Ordnungsbehörden, die auf kommunaler Ebene vergleichbare Programme zur Stärkung des Vertrauens zwischen Bevölkerung, Polizei und kommunalem Ordnungsdienst gezielt und problemorientiert umsetzen möchten.

Der Stadtteil Oberbilk

Oberbilk ist ein innenstadtnaher Stadtteil mit rund 31.000 Einwohner:innen, der an die Rückseite des Düsseldorfer Hauptbahnhofs grenzt. Seit Ende der 1970er Jahre durchläuft der Stadtteil einen gravierenden Strukturwandel, der das fast vollständige Verschwinden der Industrie zugunsten eines überwiegend dienstleistungsorientierten Sektors zur Folge hatte (Schneider 2020). Historisch von der Arbeiterklasse geprägt, wird das Viertel heute als sozial benachteiligt charakterisiert, was sich in einem überdurchschnittlichen Anteil armer und erwerbsloser Menschen sowie einer im stadtweiten Vergleich signifikant erhöhten Migrationsprägung widerspiegelt (Abbildungen 1 und 2).

In der medialen Berichterstattung polarisiert Oberbilk wie kaum ein anderer Stadtteil in Düsseldorf. Einerseits wird das Viertel im Kontext von Gentrifizierungsprozessen problematisiert (Spiegel TV 2018), andererseits steht insbesondere die hohe Diversitätsdichte im Fokus von Debatten um soziale Spannungen. Während Teile der Stadtgesellschaft den Bezirk als ein buntes Mosaik unterschiedlicher Milieus rahmen, wird Oberbilk von anderen aufgrund seiner Heterogenität aus verschiedenen sozialen und ethnisch-kulturellen Gruppen als ein Problemquartier mit erheblichen Defiziten wahrgenommen (Berding 2016). Diese Wahrnehmung erreichte ihren Höhepunkt nach der Kölner Silvesternacht 2015/16, als einige der Beschuldigten mit dem Stadtteil in Verbindung gebracht wurden. Oberbilk wurde in der Folge in den Medien wiederholt als „Klein-Marokko“ (Westdeutsche Zeitung 2016), als „Maghreb-Viertel“ und als Wohngebiet „nordafrikanischer Krimineller“ bezeichnet (Süddeutsche Zeitung 2016). Medial wird zudem darauf hingewiesen, dass Personen mit Migrationsgeschichte in Oberbilk in erhöhtem Maß verdachtsunabhängigen Personenkontrollen durch die Polizei ausgesetzt sind (Rheinische Post 2020), Mitarbeitende der Sicherheits- und Ordnungsbehörden dort aber auch vermehrt mit Respektlosigkeiten und Widerstand konfrontiert sind (Thavaseelan 2024). Die Veröffentlichung einer polizeilichen Liste durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, in der zahlreiche Straßen und Plätze in Oberbilk als „gefährlich und verrufen“ eingestuft wurden, verunsicherte die Bewohner:innen und verstärkte die öffentliche und mediale Stigmatisierung des Stadtteils zusätzlich (Rheinische Post 2020, Westdeutsche Zeitung 2020).

Abbildung 1: Soziodemographische Struktur der Stadt Düsseldorf (Landeshauptstadt Düsseldorf 2024) **Abbildung 2:** Soziodemographische Struktur des Stadtteils Düsseldorf-Oberbilk (Landeshauptstadt Düsseldorf 2024)



Citizen Police Academies

Community Policing bzw. bürgernahe Polizeiarbeit ist ein strategischer Ansatz, der auf einer intensiven partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung basiert. Im Wesentlichen verfolgt das Konzept das Ziel, gemeinsam mit den Menschen in einem Stadtquartier Sicherheitsprobleme zu identifizieren, zu priorisieren und kooperativ zu lösen – unter Berücksichtigung sozialer, kultureller und struktureller Gegebenheiten vor Ort.

Seinen Ursprung hat Community Policing in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren in den USA (Bässmann & Vogt 1997; EUCPN & CEPOL 2019). Ausgelöst durch eine wachsende Entfremdung zwischen Polizei und Bevölkerung sowie die Erkenntnis, dass repressive Strategien allein nicht ausreichen, um komplexe Sicherheitsprobleme zu bewältigen, entwickelte sich Community Policing zunächst in einzelnen Städten, bevor es sich in den 1990er Jahren als dominierendes Paradigma einer auf Vertrauen, Dialog und Prävention ausgerichteten Polizeiarbeit etablierte (Gill et al. 2014).

Zentrale Merkmale bürgernahe Polizeiarbeit sind eine dauerhafte Präsenz im Stadtquartier, regelmäßige, niedrigschwellige Kontakte zur Bevölkerung, eine aktive Rolle bei der Förderung des Gemeinwohls und ein starkes Augenmerk auf präventive, gemeinschaftsbasierte Problemlösungsstrategien (Office of Community Oriented Policing Services 2012; Skogan 2006). Die Polizei versteht sich dabei nicht mehr nur als Instanz der Strafverfolgung, sondern als Gestalterin sozialer Beziehungen und lokaler Sicherheit, in enger Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen (Weisburd & Eck 2004). Empirische Studien belegen, dass bürgernahe Polizeiarbeit zwar nur begrenzt zur unmittelbaren Kriminalitätsreduktion beiträgt, jedoch positive Effekt auf die Zufriedenheit der Bevölkerung, das Polizeivertrauen und die Kooperationsbereitschaft und Legitimitätswahrnehmung hat (Sherman & Eck 2002; Skogan & Frydl 2004). Zugleich erfordert dieser Ansatz tiefgreifende organisatorische Veränderungen, eine kontinuierliche Ressourcenbereitstellung und eine strategische Ausrichtung, die Verlässlichkeit, Transparenz und lokale Verankerung sichert (Gill et al. 2014; EUCPN & CEPOL 2019).

Für den deutschen Kontext bietet bürgernahe Polizeiarbeit wichtige Anknüpfungspunkte: Eine dialogische Ausrichtung, die Orientierung am Sozialraum und die Öffnung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur:innen bilden entscheidende Ansatzpunkte, um polizeiliche Arbeit näher an den Lebensrealitäten der Bürger:innen zu gestalten.

Der US-amerikanische Ansatz der Citizen-Police-Academies
In den USA nehmen wissensbasierte Lernprogramme – sogenannte

Citizen Police Academies – seit vielen Jahren eine zentrale Rolle im Verständnis bürgernahe Polizeiarbeit ein. In Form von mehrtägigen Veranstaltungen richten sie sich an ausgewählte Bürger:innen, die kostenfrei Einblicke in die Strukturen, Aufgaben und Arbeitsweisen der Polizei erhalten. Primäres Ziel ist die Förderung des Verständnisses für die polizeiliche Arbeit (Jordan 2000). Seit der Pilotierung im Orlando Police Department im Jahr 1985 verfügt heute nahezu die Hälfte aller US-amerikanischen Polizeibehörden (Becton et al. 2005) sowie zahlreiche Außenstellen des *Federal Bureau of Investigation (FBI)* über eigene Akademieprogramme.

Evaluationsstudien belegen dabei zahlreiche positive Effekte: Vorbehalte nehmen ab, das Vertrauen in die polizeiliche Effektivität steigt und die Kooperationsbereitschaft mit der Polizei wächst (Breen & Johnson 2007; Brewster et al. 2005; Lee 2016; Palmiotto & Unnithan 2002; Perez et al. 2020; Pope et al. 2007). In Deutschland wurde bislang jedoch kein vergleichbares Format erprobt.

Transatlantischer Austausch

Im Rahmen des Projekts EQAL wurde ein transatlantischer Wissenstransfer mit zwei US-amerikanischen Partnerorganisationen initiiert, um von den Erfahrungswerten bei der Konzipierung bürgernahe Akademieprogramme zu lernen und die Übertragbarkeit auf den deutschen Kontext zu prüfen. Vor diesem Hintergrund reisten die Projektbeteiligten im Oktober 2023 nach Boston, um sich mit dem *FBI Field Office Boston* und dem *Boston Police Department* über die Konzeption, Umsetzung und Wirkung der dortigen Citizen Academies auszutauschen. Dabei wurde deutlich, dass die Programme durch Transparenz und Dialog ein realistisches Bild der Polizeiarbeit vermitteln und das Verständnis für strukturelle Abläufe und Entscheidungsprozesse fördern – mit besonderem Augenmerk auf dem Aufbau frühzeitiger, konfliktfreier Kontakte als Basis langfristiger Kooperation. Die im Austausch gewonnenen Erkenntnisse wurden dokumentiert, systematisiert und in die Entwicklung des Düsseldorfer Programms eingebunden. Im Dezember 2024 wurde der transatlantische Austausch mit dem Besuch der nationalen Koordinator:innen aller Citizen Academies des FBI in Düsseldorf fortgeführt.



Besuch der Polizeifliegerstaffel NRW
im Rahmen des transatlantischen Austausches

Instrumente der wissenschaftlichen Begleitung und Koordination

Im Rahmen der Projektarbeit von EQAL wurden verschiedene methodische Zugänge gewählt, die eine umfassende und systematische Bestandsaufnahme ermöglichten.

Diese Grundlage wurde genutzt, um ein Austausch- und Lernprogramm zu konzipieren und umzusetzen, mit dem das wechselseitige Verständnis von Polizei, kommunalem Ordnungsdienst und Bevölkerung gefördert werden kann.

Workshop-Reihe

Im Projekt EQAL wurde zu Beginn eine Bestandsaufnahme durchgeführt, um Konfliktpotenziale, Problemstellungen, Handlungsbedarfe und Ressourcen im Projektgebiet zu identifizieren. Hierfür wurden im Frühjahr und Sommer 2023 drei Workshops mit jeweils 15 Teilnehmenden im Format eines World Cafés umgesetzt, bei denen Vertreter:innen von Polizei, Ordnungsamt und Stadtteilbevölkerung jeweils separat Fragen zu ihrer Vertrauens-, Autoritäts- und Legitimitätswahrnehmung erörterten. Partizipative Workshopformate bieten die Möglichkeit, komplexe Diskurse strukturiert über verschiedene Themenbereiche hinweg zu untersuchen. Weitergehend wurden in moderierten Fokusgruppen konkrete Vorschläge zur Verbesserung des wechselseitigen Verständnisses erarbeitet (Bär et al. 2020; Knauf 2011). Die Workshops wurden anhand halbstrukturierter Protokolle systematisch dokumentiert, in denen übergreifende Beobachtungen, thematische Prioritäten und strittige Punkte festgehalten und im Nachgang inhaltsanalytisch ausgewertet wurden.

Expert:innen-Interviews

Ergänzend wurden im Frühjahr und Sommer 2024 insgesamt 15 leitfadengestützte Expert:innen-Interviews durchgeführt, um Einschätzungen zu Konfliktpotenzialen und vorhandenen Ressourcen der (zivilgesellschaftlichen) Konfliktbearbeitung im Stadtteil Oberbilk zu gewinnen. Hierzu wurden acht Mitarbeiter:innen des kommunalen Ordnungsdienstes und sieben Polizeibeamt:innen interviewt, die zum Zeitpunkt der Befragung in verschiedenen Berufsfeldern mit direktem Bezug zum Stadtteil Oberbilk tätig waren. Der Fokus der Interviews lag insbesondere auf Fragen der Sicherheitswahrnehmung, der Einschätzung von sozialen Problemen, Kriminalität und Ordnung, dem Vertrauensverhältnis von Sicherheits- und Ordnungsbehörden und den Bürger:innen sowie der Bewertung des geplanten Austausch- und Lernprogramms. Die Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert, anonymisiert und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Bevölkerungsbefragung

Befragungen stellen ein klassisches Erhebungsinstrument der empirischen Sozialforschung dar, mit dem eine Vielzahl von Menschen befragt werden kann. Im Projekt EQAL wurde von April bis Juni 2024 eine Bevölkerungsbefragung durchgeführt, die ein umfangreiches Meinungsbild der Düsseldorfer Bürger:innen ermöglichte. Hierzu wurde zunächst eine stratifizierte Zufallsstichprobe der volljährigen Bevölkerung aus dem Melderegister der Landeshauptstadt Düsseldorf gezogen. Um relevante Faktoren und Wirkmechanismen nicht ausschließlich für den Stadtteil Oberbilk zu untersuchen, wurde zusätzlich der Stadtteil Oberkassel als kontrastreicher Vergleichsstadtteil (Abbildung 3) einbezogen. Konkret wurde hierzu ein Most-Different-System-Design (MDS) angewendet. Bei diesem Ansatz werden Fälle ausgewählt, die sich hinsichtlich verschiedener kontextueller Rahmenbedingungen stark voneinander unterscheiden – in diesem Fall Oberbilk und Oberkassel –, jedoch in Bezug auf die zentralen zu untersuchenden Parameter vergleichbar sind. Durch diesen Ansatz lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch spezifische Unterschiede herausarbeiten, sodass allgemeingültige Schlussfolgerungen formuliert und gleichzeitig der Einfluss kontextueller Variablen berücksichtigt werden kann (Köhler et al. 2018). Um aussagekräftige Daten insbesondere für den Stadtteil Oberbilk zu generieren, wurde zusätzlich ein Oversampling eingesetzt. Basierend auf den erwarteten Rücklaufquoten, die aus früheren Erhebungen abgeleitet wurden, wurde Oberbilk bewusst überproportional in die Stichprobe einbezogen. Durch diese Vorgehensweise wurde sichergestellt, dass auch bei einer tendenziell niedrigeren Rücklaufquote statistisch belastbare Ergebnisse und differenzierte Analysen möglich sind (Pickery & Carton 2008).

Die Datenerhebung erfolgte mittels eines schriftlich-postalisch und online umgesetzten Fragebogens, der zusätzlich in drei weitere Sprachen – Englisch, Türkisch und Arabisch – übersetzt wurde, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen und kulturellen sowie sprachlichen Barrieren entgegenzuwirken. Mit einem Rücklauf von 16,8 Prozent umfasste die Nettostichprobe insgesamt 1.299 beantwortete Fragebögen, von denen nach der Datenbereinigung 1.227 Fragebögen ($\approx 56,3\%$, \bar{x} Alter = 50,5, σ Alter = 17,6), davon 593 aus Oberbilk und

WORKSHOP

INTERVIEWS



▲ Leitfaden

BEFRAGUNG



▲ Fragebogen

BEOBACHTUNG

EVALUATION

Instrumente - Wissenschaftliche Begleitung und Koordination

634 Oberkassel, ausgewertet wurden, was 15,8 Prozent der ursprünglichen gezogenen Bruttostichprobe (N=7.752) entspricht.

Teilnehmende Beobachtung

Im Projekt EQAL wurden im November und Dezember 2023 sowie August 2024 insgesamt rund 60 Stunden teilnehmende Beobachtungen bei der Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst realisiert, die protokolliert und inhaltsanalytisch ausgewertet wurden, um ein erweitertes Verständnis des Untersuchungsgebiets, der behördlichen Alltagsinteraktionen sowie der Wechselseitigkeit des Verhaltens von Polizei, Ordnungsdienst und Bürger:innen zu erlangen.

Evaluation

Neben den beschriebenen Erhebungsinstrumenten der Bestandsaufnahme wurde auch die Durchführung des Austausch- und Lernprogramms durch eine wissenschaftliche Evaluation begleitet, um Effekte der Teilnahme und Eindrücke der Programmumsetzung

systematisch zu erfassen und hieraus zentrale Lernerfolge und Do's and Don'ts abzuleiten (► Fazit). Hierzu erfolgte eine Paper-and-Pencil-Befragung der Programmteilnehmenden in der ersten (n=13) und in der abschließenden Sitzung (n=12) des Austausch- und Lernprogramms. Parallel dazu wurden teilnehmende Beobachtungen aller Programmsitzungen über die gesamte Durchführungsdauer realisiert, die systematisch dokumentiert wurden. Ergänzend wurden nach Programmabschluss Feedbackgespräche sowohl mit den Teilnehmenden aus der Stadtteilbevölkerung als auch mit Angehörigen von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst geführt, bei denen die Beurteilung und Wahrnehmung des Austausch- und Lernprogramms, die erzielten Lerneffekte sowie mögliche Verbesserungsvorschläge im Fokus standen.

Abbildung 3: Soziodemographische Struktur der Stadt Düsseldorf und der Stadtteile Oberbilk und Oberkassel (Landeshauptstadt Düsseldorf 2024)



Instrumente - Wissenschaftliche Begleitung und Koordination



Projektbeiratstreffen im
Düsseldorfer Rathaus

3 Fragen an Dirk Sauerborn

Dirk Sauerborn war Kontaktbeamter für muslimische Institutionen im Polizeipräsidium Düsseldorf. Kontaktbeamt:innen werden bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen als Ansprechpersonen für interkulturelle und -religiöse Angelegenheiten eingesetzt.

Warum ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei wichtig für die Arbeit der Sicherheitsbehörden?

DS: „Die Sicherheit in unserem Land ist kein Rundum-Sorglos-Paket, das allein die Polizei zu liefern hat. Alle Menschen und Institutionen, ob nun staatlich oder privat, müssen ihren Beitrag zur Sicherheit leisten.“ Das hat der ehemalige Düsseldorfer Polizeipräsident Michael Dybowski vor vielen Jahren einmal gesagt. Es geht nicht um ein Gegeneinander, Polizei gegen Bürger:innen, sondern um ein Miteinander, Hand in Hand, um gemeinsames Handeln, dafür zu sorgen, dass das elementare Bedürfnis nach Sicherheit befriedigt wird. Das geht nur, wenn die Menschen darauf vertrauen können, dass „ihre“ Polizei das sich aus Art. 20 GG ergebende Rechtsstaatlichkeitsprinzip mit Leben erfüllt: Die Polizei ist wesentlicher Bestandteil der vollziehenden Gewalt im Rechtsstaat und an Gesetz und Recht gebunden. Auf den Punkt gebracht: Die Menschen wissen und können sicher sein, dass „die“ Polizei nicht willkürlich handelt. Das macht den Weg frei für Hinweise an die Polizei, aber auch für eigenes, zivilcouragiertes Verhalten.

Welche Maßnahmen kann die Polizei umsetzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden zu stärken?

DS: Unabdingbar notwendig sind eine offene und ehrliche Kommunikation, inklusive einer ausgeprägten Fehlerkultur, Transparenz und Verlässlichkeit. Konkret: Bürger:innen-Ansprachen der Polizei sind klar und deutlich, freundlich, gegebenenfalls auch direktiv, aber immer auch von Wertschätzung und Anerkennung der Individualität der Menschen geprägt. Maßnahmen werden erklärt und transparent gemacht. Einsatzreaktionszeiten werden ständig überprüft, im Notfall warten Bürger:innen nicht länger als fünf Minuten bis zum Eintreffen der Polizei. Sprechstunden für Bürger:innen, kriminalpolizeiliche Beratung, Opferschutz- und hilfe, Beschwerdemanagement und Netzwerkarbeit mit anderen Behörden und Institutionen sind obligatorische Kernelemente der Vertrauensarbeit. Das Austausch- und Lernprogramm EQAL ist ein neuer und herausragender Baustein polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit, der programmatisch die oben erwähnten Kriterien abdeckt.

Inwiefern ist das Vertrauen von Angehörigen der Polizei in die Bürgerinnen und Bürger wichtig für die alltägliche Arbeit der Sicherheitsbehörden?

DS: „Die Polizei orientiert sich am Sicherheitsgefühl und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Sie weiß, dass Sicherheitsprobleme oft nur gemeinsam mit ihnen gelöst werden können“, so steht es auf der Webseite des Innenministeriums des Landes NRW. Sicherheitsbedürfnisse der Bürger:innen müssen zunächst polizeilich erkannt und beschrieben werden, um dann gemeinsame Strategien zur Umsetzung von Maßnahmen zu erarbeiten. Das geht nur über ein empathisches, wertschätzendes Miteinander. Interessen von Bürger:innen müssen ernst genommen werden. Dazu bedarf es großen Einfühlungsvermögens und der Fähigkeit zum Perspektivwechsel, sich in die Rolle der Bürger:innen hineinversetzen zu können, ihre Sorgen und Ängste und ihre individuellen Lebensumstände zu verstehen. Und das funktioniert nur über eine ausgewogene, vertrauensvolle Kommunikation auf Augenhöhe. Und hier schließt sich der Kreis: „Die Sicherheit in unserem Land ist kein Rundum-Sorglos-Paket, das allein die Polizei zu liefern hat, hier sind alle gefragt!“



Dirk Sauerborn
Kontaktbeamter für muslimische Institutionen
im Polizeipräsidium Düsseldorf (i. R.)

„Es geht nicht um ein Gegeneinander, Polizei gegen Bürger:innen, sondern um ein Miteinander, Hand in Hand, um gemeinsames Handeln, dafür zu sorgen, dass das elementare Bedürfnis nach Sicherheit befriedigt wird. Das geht nur, wenn die Menschen darauf vertrauen können, dass „ihre“ Polizei das sich aus Art. 20 GG ergebende Rechtsstaatlichkeitsprinzip mit Leben erfüllt (...) Auf den Punkt gebracht: Die Menschen wissen und können sicher sein, dass „die“ Polizei nicht willkürlich handelt.“

Dirk Sauerborn
Kontaktbeamter für muslimische Institutionen
im Polizeipräsidium Düsseldorf (i. R.)

Beziehungen zwischen Polizei, Ordnungsamt und Bevölkerung

Die wissenschaftliche Bestandsaufnahme diente der Konzeption und Implementierung eines Austausch- und Lernprogramms, welches das wechselseitige Vertrauen und Verständnis von Polizei, Ordnungsdienst und Bevölkerung fördert. Nachfolgend werden die für die Programmentwicklung zentralen Forschungserkenntnisse vorgestellt.

Die im vorangegangenen Kapitel dargelegten methodischen Zugänge (► Instrumente) ermöglichten im Rahmen des Projekts EQAL eine systematische und umfassende Erhebung der Ausgangssituation im Projektgebiet. Die Analysen fokussierten sich dabei auf die (Vertrauens-)Beziehungen zwischen Polizei, Ordnungsamt und Bevölkerung sowie die Identifikation von Konfliktpotenzialen, Problemstellungen, Handlungsbedarfen und Ressourcen im Projektgebiet, um ein Programm zu entwickeln, welches durch die Berücksichtigung multipler Perspektiven und die Adressierung relevanter Themenfelder eine nachhaltige Vertrauensbildung gewährleistet.

Wahrnehmung des Stadtteils

Im Rahmen der durchgeführten Workshop-Reihe wurde deutlich: Die Wahrnehmung des Stadtteils Oberbilk ist zwischen Bürger:innen, Polizei und kommunalem Ordnungsdienst in weiten Teilen deckungsgleich. Alle drei Gruppen beschreiben Oberbilk als einen lebendigen und durch soziale Vielfalt geprägten Stadtteil, der vor allem von außen mit Vorurteilen behaftet ist. Während externe Diskurse oft durch vereinfachende Stereotype geprägt sind (► Einleitung), wurden im Rahmen der Workshops vor allem das lebendige Alltagsgeschehen, die vergleichsweise günstigen Mietpreise und das soziale Miteinander hervorgehoben. Gleichwohl zeigen sich auch divergierende Ansichten zwischen den Gruppen, insbesondere im Hinblick auf das Vertrauen sowie die gegenseitigen Erwartungen bezüglich Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum.

Vertrauensverhältnis

Im Zentrum der wissenschaftlichen Bedarfserhebung standen die Beziehungen zwischen Polizei, Ordnungsdienst und der Bevölkerung im Stadtteil. Dieses wurde übereinstimmend von allen Beteiligten als herausfordernd beschrieben, wobei insbesondere das begrenzte wechselseitige Vertrauen und die Schwierigkeiten bei dessen Neuaufbau hervorgehoben wurden. Aus den Expert:innen-Interviews geht hierbei hervor, dass Beschäftigte des kommunalen Ordnungsdienstes das Vertrauen der Bürger:innen in die eigene Institution, im Vergleich zur Polizei, nochmals geringer einschätzen. Als möglicher Grund hierfür wurde angeführt, dass der Kontakt mit dem Ordnungsamt für

Bürger:innen oft negativ oder konfrontativ sei, etwa im Rahmen von Kontrollen und/oder bei der Verhängung von Bußgeldern:

„[...] wenn wir eine Maßnahme führen, ist es halt meistens für den Bürger eher etwas Negatives. Die müssen wahrscheinlich etwas zahlen oder müssen irgendwas unterlassen. Und ja, das trübt halt das Vertrauen [...]“ (Interview OSD 7, Z.700ff.)

Die Ergebnisse der standardisierten Bevölkerungsbefragung in den Stadtteilen Oberbilk und Oberkassel stützen die behördlichen Beobachtungen: Zwar genießen die Polizei und der kommunale Ordnungsdienst in Düsseldorf grundsätzlich ein hohes Maß an Vertrauen, jedoch zeigen sich auch Differenzen bei der Bewertung zwischen den Behörden und Stadtteilen. Im Detail wurde das Vertrauen im Rahmen der Bevölkerungsbefragung entlang von vier zentralen Dimensionen erhoben:

- Verfahrensgerechtigkeit (prozessuale Fairness): Fairness der behördlichen Verfahren und Interaktionen (z. B. respektvolle Behandlung, Neutralität in Entscheidungen)
- Verteilungsgerechtigkeit (distributive Fairness): Gleichbehandlung unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort
- Effektivität: Wahrgenommene Leistungsfähigkeit (z.B. bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung)
- Bürgernähe: Vertrauenswürdigkeit, Ehrlichkeit, Empathie und Nahbarkeit

Der direkte Vergleich der Vertrauensdimensionen macht deutlich: Die Polizei wird – in Übereinstimmung mit den qualitativen Befunden – in allen Dimensionen positiver bewertet als der kommunale Ordnungsdienst (Abbildungen 4 und 5). Bei beiden Institutionen wird Verfahrensgerechtigkeit am höchsten bewertet, gefolgt von Bürgernähe. Unterschiede zeigen sich hingegen bei den anderen beiden Dimensionen. Während die polizeiliche Effektivität höher eingeschätzt wird als die Verteilungsgerechtigkeit, ist es beim Ordnungsdienst genau umgekehrt. Der Vergleich zwischen Oberbilk und Oberkassel verdeutlicht zudem statistisch signifikante Vertrauensunterschiede: Bei der Polizei unterscheiden sich drei von vier Dimen-

sionen (ausgenommen Verteilungsgerechtigkeit) höchst signifikant ($p \leq 0,001$) und beim Ordnungsdienst sogar alle vier Dimensionen hoch signifikant ($p \leq 0,01$) zwischen den Stadtteilen, jeweils mit niedrigeren Zustimmungswerten in Oberbilk.

Mögliche Einflussfaktoren: Alter, Migrationshintergrund, Sprache

Im Zusammenhang mit den im Stadtteil bestehenden Vertrauensproblematiken berichteten die polizeilichen Akteur:innen im Rahmen der Workshops von einer beobachtbaren Tendenz, Konflikte innerhalb der Stadtteil-Community zunächst untereinander zu regeln, bevor behördliche Stellen kontaktiert werden. Neben Vertrauensdefiziten bei jüngeren Bevölkerungsgruppen, nehmen die behördlichen Akteur:innen hierbei insbesondere bei Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte eine stärkere Zurückhaltung und ein geringeres Vertrauen in Polizei und kommunalen Ordnungsdienst wahr – eine Problematik, die auch im Rahmen der Expert:innen-Interviews immer wieder beschrieben wurde.

„Je nachdem, wann [...] Personen migriert sind, [...] haben [sie] [...] während der Migration wahrscheinlich auch schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht. [...] Und dadurch ist natürlich von vornherein schon ein Vertrauensbruch [da]. Das ist, glaube ich, auch noch mal [so], dass man dieses Bild der Polizei resetten muss. Dass sie eben, wenn man Hilfe braucht, auch wirklich da sind [...].“ (Interview Polizei 2, Z. 544-554)

Dies wird zum Teil auf negative Erfahrungen mit Sicherheits- und Ordnungsbehörden in den Herkunftsländern zurückgeführt, ebenso wie auf die oftmals fehlende Kenntnis über Aufgaben und Befugnisse kommunaler Ordnungsbehörden, die in vielen Herkunftsländern schlichtweg nicht existieren. Eine weitere zentrale Herausforderung besteht aus Sicht von Polizei und Ordnungsdienst zudem in den häufig auftretenden Sprachbarrieren, die regelmäßig zur Hürde für die Kommunikation und den Vertrauensaufbau werden. Diese wurden auch im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung sichtbar, wobei deutlich wurde, dass diese nicht nur die Klärung alltäglicher Konfliktsituationen erschweren, sondern auch häufig bereits das Zustandekommen eines Gesprächs auf Augenhöhe verhindern.

Die Auswertung der Bevölkerungsbefragung zur Vertrauenswahrnehmung im Stadtteil Oberbilk nach Migrationsgeschichte zeigt ein differenziertes Bild (Abbildungen 6 und 7). Befragte der ersten Migrationsgeneration weisen in allen vier Vertrauensdimensionen höhere Zustimmungswerte auf als Befragte ohne Migrationshintergrund, wobei diese Gruppenunterschiede, sowohl bei der Polizei als auch beim Ordnungsdienst, in den Dimensionen Verfahrensgerechtigkeit und Effektivität statistisch signifikant sind ($p \leq 0,05$). Diese Befunde stehen somit im Kontrast zu den im Rahmen der Workshop-Reihe und Interviews thematisierten Vertrauensdefiziten, die von den behördlichen Akteur:innen vor allem bei Personen mit Flucht- und Migrationsgeschichte wahrgenommen werden. Eine mögliche Erklärung für die Ergebnisse der deskriptiven Analysen der Bevölkerungsbefragung liefert hierbei der sogenannte *Honeymoon-Effekt*, nach dem Zugewanderte ihre Erfahrungen mit staatlichen Institutionen im Zielland mit jenen im Herkunftsland vergleichen und demzufolge die Vertrauenswürdigkeit von Sicherheits- und Ordnungsbehörden positiver bewerten (Leitgöb-Guzy 2021).

Demgegenüber zeigt sich bei der zweiten Migrationsgeneration ein gegensätzlicher Trend. Das Vertrauen dieser Gruppe ist in fast allen Dimensionen geringer ausgeprägt, sowohl im Vergleich zur ersten Generation als auch zu Personen ohne Migrationshintergrund. Lediglich bei der Wahrnehmung der Effektivität des kommunalen Ordnungsdienstes ist der aggregierte Mittelwert der zweiten Generation (MW=2,76, SD=0,81, n=32) geringfügig höher als der der Personen ohne Migrationshintergrund (MW=2,71, SD=0,76, n=260). Eine Erklärung für diesen Befund könnte der Umstand sein, dass die erste Migrationsgeneration aufgrund von Erfahrungswerten im Herkunftsland eine abweichende Behandlung durch behördliche Akteur:innen weniger in Frage stellt, während die zweite Generation diese stärker wahrnimmt und höhere Gleichbehandlungsansprüche an staatliches Handeln stellt.

Die deskriptiven Befunde der Bevölkerungsbefragung bestätigen weiterhin, die behördliche Wahrnehmung, dass vor allem jüngere Bevölkerungsgruppen in Oberbilk ein geringeres Vertrauen in die Polizei aufweisen (Abbildung 8), wobei die Zustimmungswerte in allen vier Dimensionen in den höheren Altersklassen einen nahezu konsistenten Anstieg verzeichnen. Beim Vertrauen in den kommunalen Ordnungsdienst (Abbildung 9) zeigt sich hingegen ein abweichendes Bild: Hier ist das Vertrauen in der Altersgruppe der 45-54-Jährigen am geringsten ausgeprägt.

Im Workshop mit der Stadtteilbevölkerung wurde deutlich, dass das Vertrauen der Bürger:innen in Polizei und Ordnungsdienst maßgeblich durch persönliche Erfahrungen beeinflusst wird. In diesem Kontext wurden vor allem häufige Personalwechsel bzw. das Fehlen fester behördlicher Ansprechpartner:innen sowie eine als unzureichend empfundene Präsenz und Erreichbarkeit von Polizei und kommunalen Ordnungsdienst im Stadtteil kritisiert. Darüber hinaus wurde im Rahmen der teilnehmenden Beobachtungen deutlich, dass das Verhalten der Bürger:innen oft durch die Art und Weise der behördlichen Kommunikation mitbestimmt wird, die jedoch mitunter sehr stark zwischen polizeilichen Einheiten und dem kommunalen Ordnungsdienst aufgrund von Einsatzart, Kontrollgrund und/oder Kontakt(art) variiert.

Ein weiteres Spannungsfeld betrifft die Rezeption behördlicher Arbeit in den klassischen und sozialen Medien. Vertreter:innen der Polizei und des Ordnungsamts äußerten sowohl in Workshops als auch in Interviews die Sorge, dass mediale Berichterstattung häufig verkürzt oder einseitig erfolge, was zu einer Verzerrung des öffentlichen Bildes ihrer Tätigkeit beiträgt, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

„[...] mediale [...] Berichterstattung[en], [...] die sind wirklich zu großen Teilen teilweise wirklich falsch. [...] Und das finde ich auch wichtig, dass viele Bürger das vielleicht nochmal vermittelt bekommen.“ (Interview OSD 3, Z. 1.264-1.288)

Gleichzeitig wurde in allen Workshops und in den Interviews ein grundsätzlich geringes Wissen über behördliche Aufgaben und Befugnisse insbesondere des Ordnungsdienstes hervorgehoben – ein Umstand, der oftmals in behördlichen Interaktionen mit der Stadtteilbevölkerung zu Missverständnissen und teilweise auch zu Widerständen gegenüber ordnungsrechtlichen Maßnahmen führt, die auch im Rahmen der teilnehmenden Beobachtungen dokumen-

Die nachfolgend dargestellten Vertrauenswerte basieren für jede Dimension jeweils auf den aggregierten Mittelwerten mehrerer standardisierter Zustimmungsaussagen, deren Antworten auf einer fünfstufigen Skala von „1 – stimme überhaupt nicht zu“ bis „5 – stimme voll zu“ abgefragt wurden.

POLIZEI

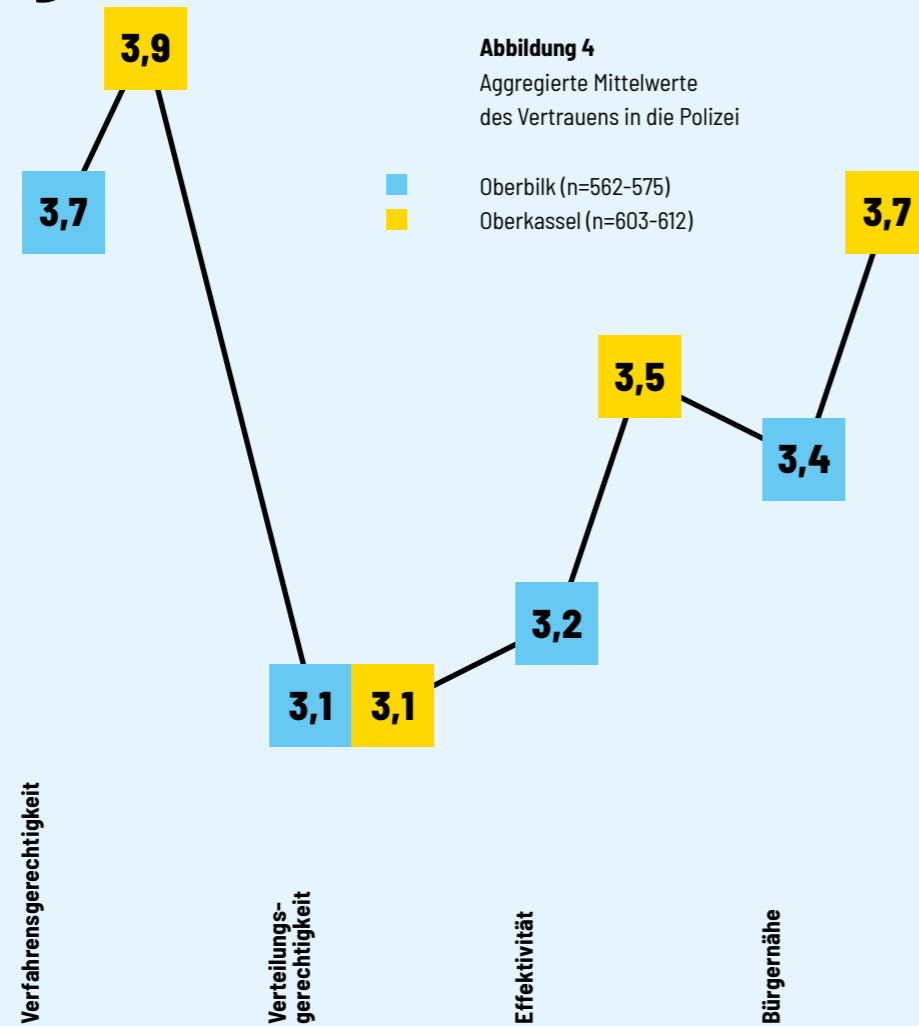


Abbildung 4
Aggregierte Mittelwerte des Vertrauens in die Polizei

■ Oberbilk (n=562-575)
■ Oberkassel (n=603-612)

tiert wurden. Des Weiteren gehören negative Zuschreibungen, Respektlosigkeiten, Provokationen bis hin zu rassistische Anfeindungen nach Angaben der behördlichen Workshopteilnehmenden ebenfalls zu ihrem beruflichen Alltag.

Bestätigt werden die Wissensdefizite über Aufgaben und Befugnisse des kommunalen Ordnungsdienstes durch die Bevölkerungsbefragung. Zwar ist dieser den meisten Befragten bekannt, allerdings nicht flächendeckend: In Düsseldorf-Oberbilk gaben 76,4% (n=542) an, den OSD zu kennen, in Oberkassel waren es 69,4% (n=533). Betrachtet man die Ergebnisse differenziert nach Migrationshintergrund, zeigt sich, dass Personen mit Migrationsgeschichte den OSD etwas seltener kennen (69,5%, n=338) als Personen ohne Migrationshintergrund (74,8%, n=715). Der Befund, dass somit rund ein Viertel der Befragten den kommunalen Ordnungsdienst nicht kennt, deutet hierbei auf weiteren Informations- und Präsenzbedarf hin. Die Vermittlung von Wissen über behördliche Tätigkeiten, Abläufe und Befugnisse wurde dabei auch im Rahmen der Expert:innen-Interviews als besonders zentral für den Aufbau von Vertrauen identifiziert:

„[...] was wir generell alles für Aufgaben haben, das weiß keiner. [...] Und ich glaube, wenn wir einfach mal so dargestellt werden würden in, in unserer Fülle, [...], dann wäre, glaube ich, auch das Vertrauensverhältnis anders.“ (Interview OSD 8, Z. 815-821)

Austausch als Grundlage für Vertrauensaufbau

Trotz der skizzierten Herausforderungen im Stadtteil Oberbilk wurde

von allen Seiten der Wunsch nach einer Neugestaltung des Vertrauensverhältnisses geäußert. Als zentrale Handlungsfelder hierfür wurden sowohl von behördlichen Akteur:innen als auch von den Bürger:innen die Verbesserung von Bürgernähe und Kommunikation – ganz im Sinne des Community Policing (▶ Ansatz) – gesehen, die am besten durch Perspektivwechsel und die Etablierung von Begegnungs- und Austauschformaten erfolgen sollte. Hierbei verdeutlichen die qualitativen Befunde, dass vor allem positive Erlebnisse und Kontakte in einem neutralen Umfeld zum Aufbau neuen Vertrauens beitragen und wechselseitiges Verständnis schaffen können. Zentrales Ziel solcher Formate sollte dabei „ein ehrlicher Austausch, ein vertrauensvoller Austausch und ein Austausch, [von dem] beide Seiten [...] lernen können“ (Interview Polizei 1, Z. 165) sein.

Das im Rahmen des Projekts EQAL konzipierte und umgesetzte Austausch- und Lernprogramm hat hier als innovatives und bürgernahes Format angesetzt und durch den konstruktiven Austausch von Polizei, kommunalem Ordnungsdienst und Stadtteilbevölkerung zum Aufbau wechselseitigen Vertrauens und Verständnisses in einem konfliktfreien Umfeld beigetragen. Aus den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung wurde hierbei abgeleitet, dass insbesondere Perspektivwechsel, der Austausch über persönliche Erfahrungen im Stadtteil, die Aufklärung über behördliche Aufgaben, Rechte und Pflichten, die kritische Einordnung von Mediendiskursen und Einblicke in konkrete behördliche Arbeitsabläufe dazu beitragen können, bestehende Vorurteile und Barrieren im Stadtteil abzubauen.

ORDNUNGSDIENST

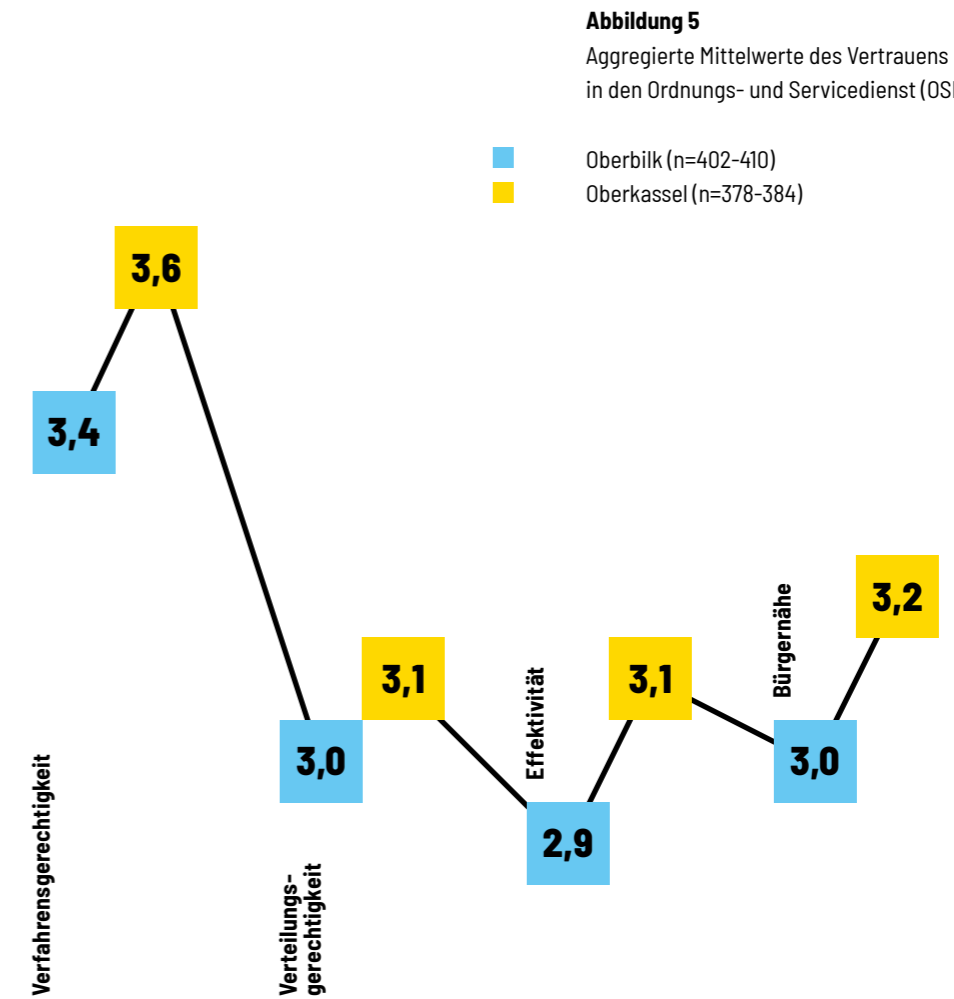


Abbildung 5
Aggregierte Mittelwerte des Vertrauens in den Ordnungs- und Servicedienst (OSD)

■ Oberbilk (n=402-410)
■ Oberkassel (n=378-384)

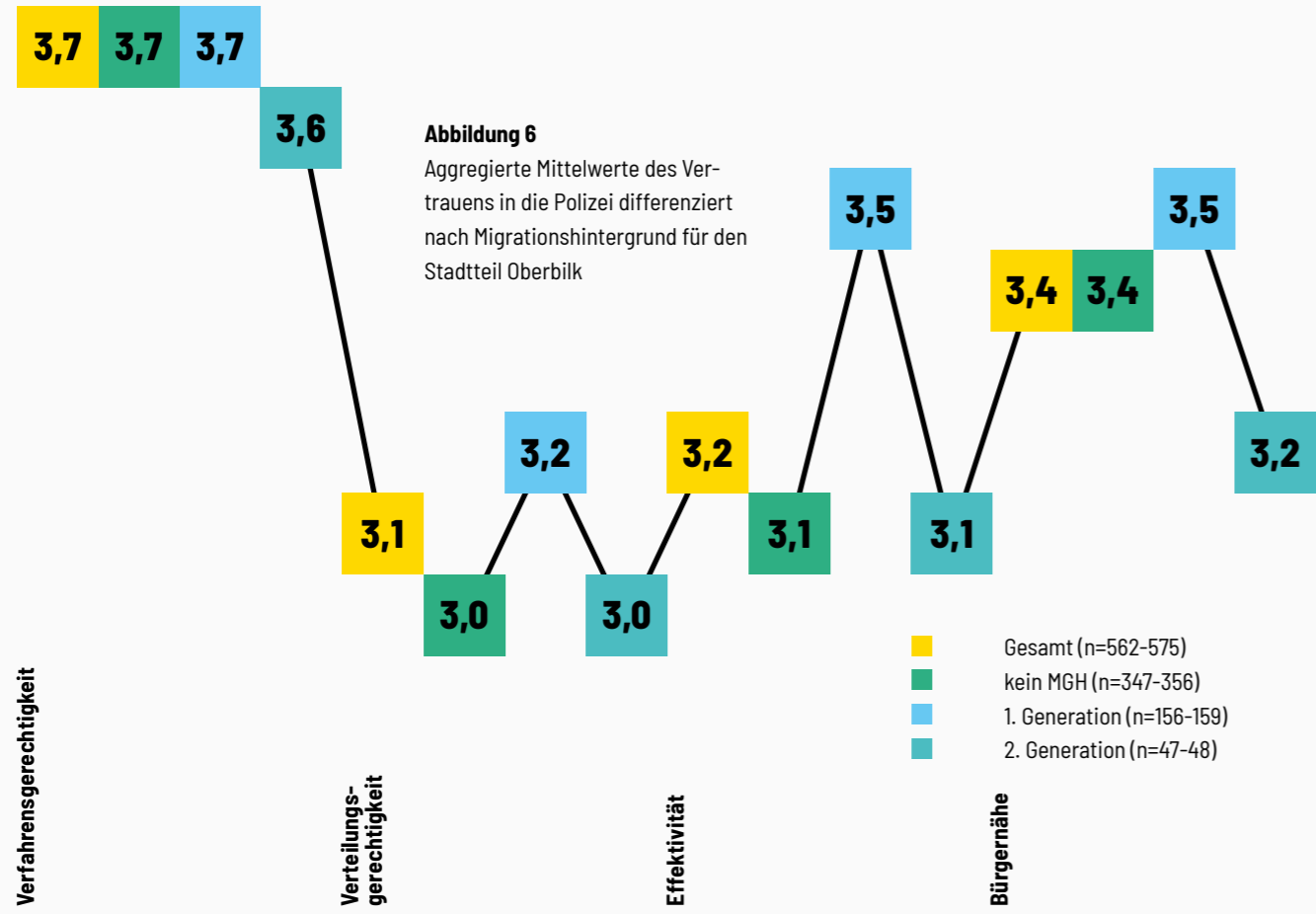
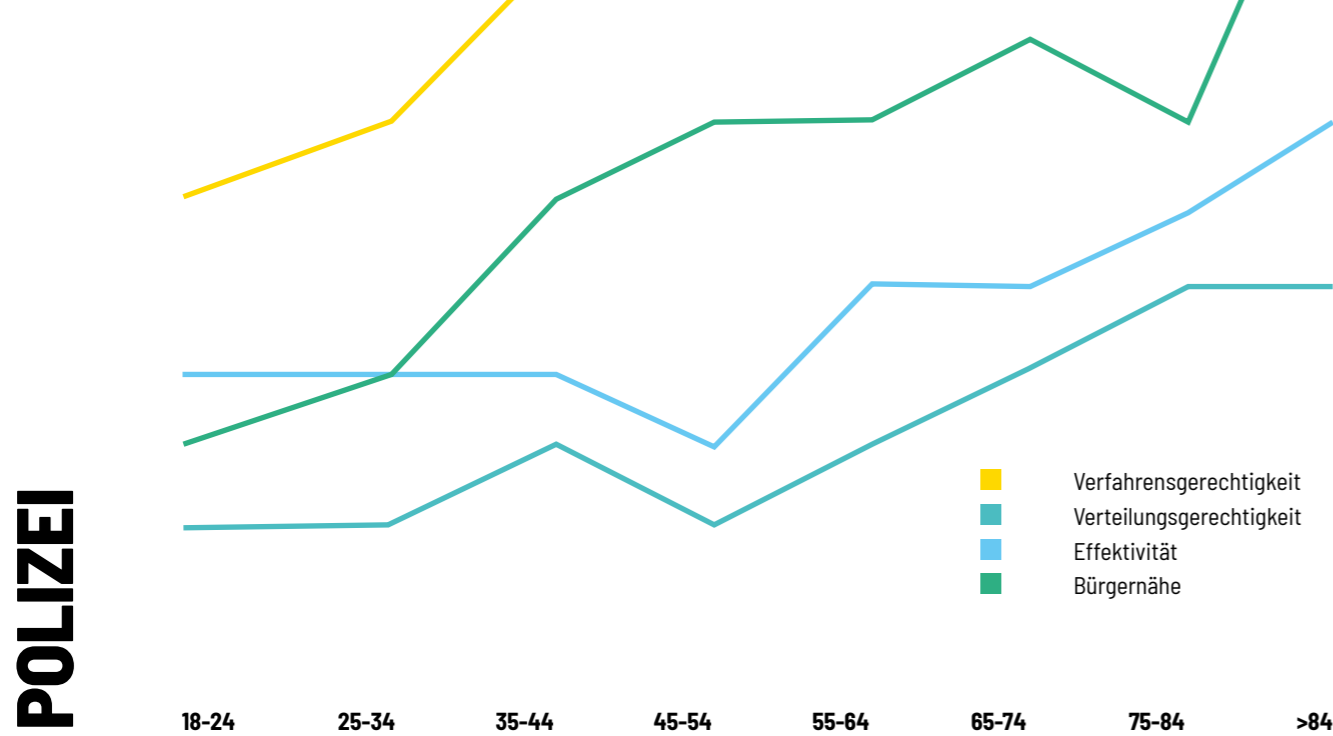


Abbildung 8
Aggregierte Mittelwerte des Vertrauens in die Polizei differenziert nach kategorisiertem Alter für den Stadtteil Oberbilk



POLIZEI

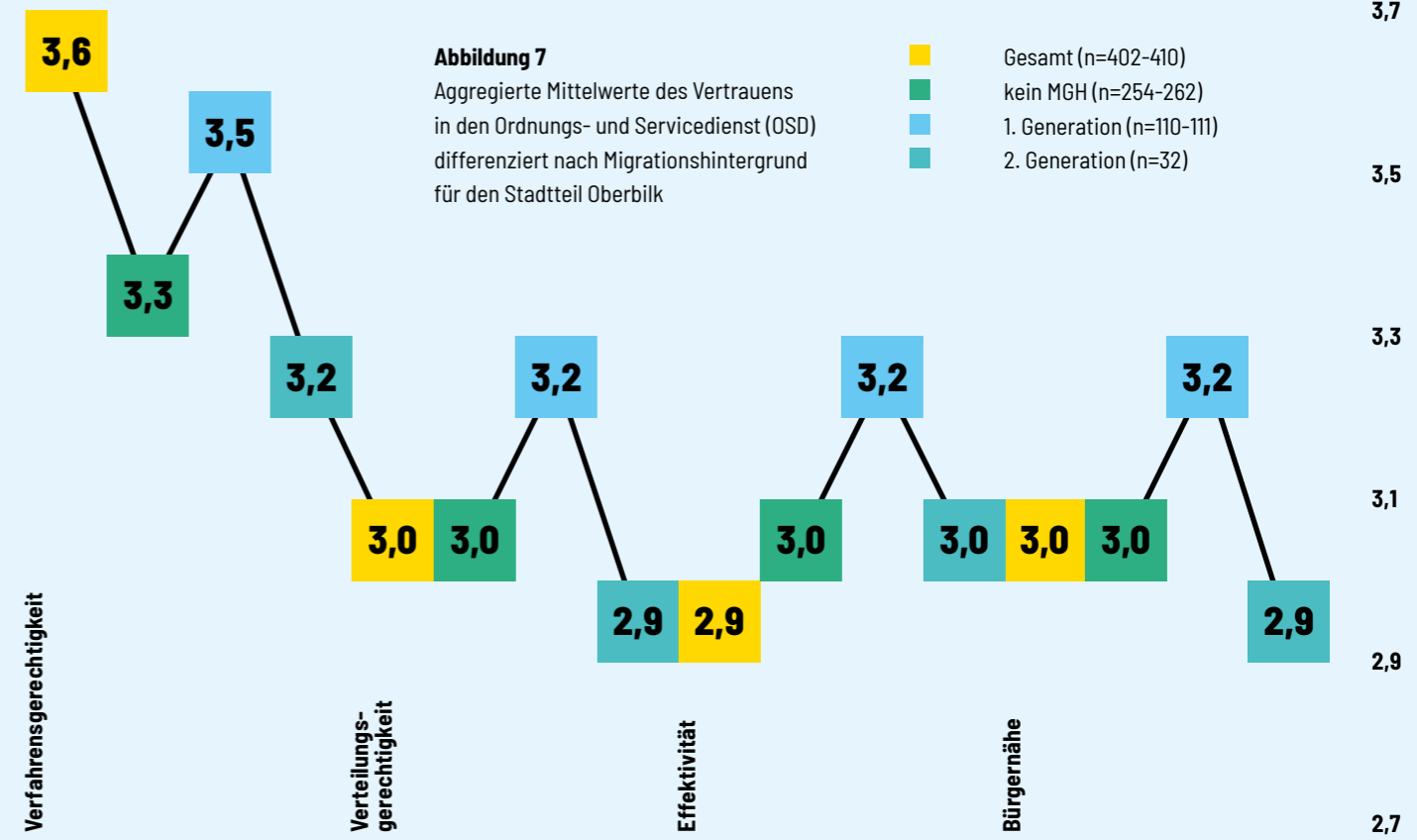
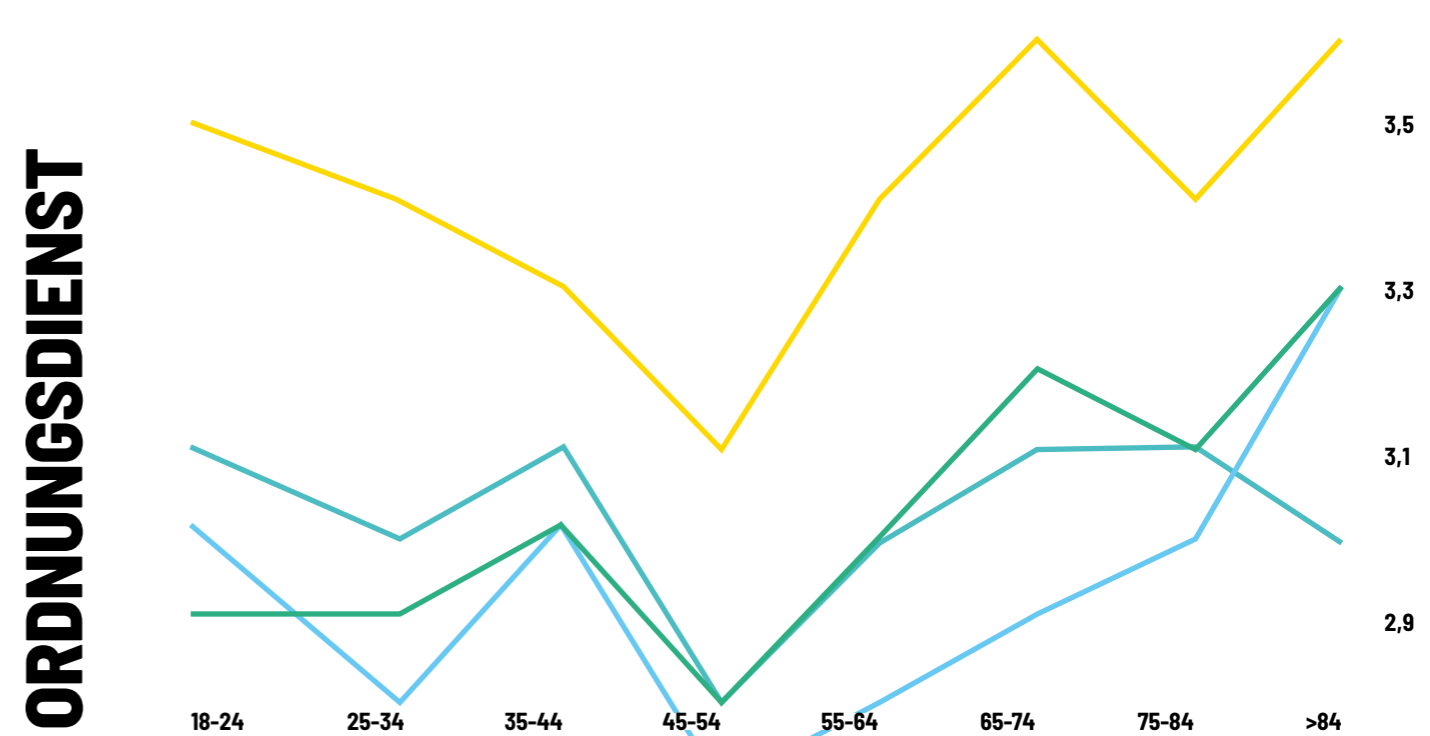


Abbildung 9
Aggregierte Mittelwerte des Vertrauens in den Ordnungs- und Servicedienst (OSD) differenziert nach kategorisiertem Alter für den Stadtteil Oberbilk



ORDNUNGSDIENST

Austausch- und Lernprogramm

Die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung (► **Wissenschaftliche Ergebnisse**) bildeten die Grundlage für die Rekrutierung von Teilnehmenden und die bedarfsorientierte Entwicklung und Umsetzung des Austausch- und Lernprogramms für Polizei, Ordnungsdienst und Stadtteilgesellschaft. Die nachfolgenden Ausführungen bieten Einblicke in den Rekrutierungsprozess, die modulare Programmstruktur und die praktische Durchführung des Austausch- und Lernprogramms.

Rekrutierung

Das Austausch- und Lernprogramm in Düsseldorf-Oberbilk richtete sich gezielt an Personen, die gut im Stadtteil vernetzt sind und daher als Multiplikator:innen verstanden werden können, die in ihre jeweilige Organisationen, Communities und sozialen Kontexte hineinwirken können.

Teilnahmevoraussetzungen

Als (potenzielle) Teilnehmende wurden Personen angesprochen, die...

- im Stadtteil leben und/oder arbeiten,
- mindestens 18 Jahre alt sind,
- gut im Stadtteil vernetzt sind und dadurch bspw. Erfahrungen aus zivilgesellschaftlichen, religiösen oder nachbarschaftlichen Kontexten einbringen können.

Zur Teilnahme war zusätzlich die Zustimmung zu einer standardisierten polizeilichen Sicherheitsüberprüfung erforderlich. Orientiert an den Teilnahmevoraussetzungen der US-amerikanischen Citizen Police Academies (► **Ansatz**) wurden Personen, die aufgrund schwerwiegender Straftaten verhaftet oder verurteilt wurden, grundsätzlich von der Programmteilnahme ausgeschlossen, um die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wechselseitige Offenheit im Programm nicht zu gefährden. Ziel war es, einen möglichst heterogenen Kreis an Teilnehmenden zu gewinnen, der Erfahrungen und Bedarfe verschiedener Gruppen im Stadtteil aktiv in das Programm einbringen und zugleich das neu erworbene Wissen weitergeben kann.

Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen

Die Ansprache potenzieller Teilnehmer:innen erfolgte über verschiedene Informationskanäle, um möglichst viele Personen der Stadtteilgesellschaft zu erreichen:

- Die Veröffentlichung einer Pressemitteilung läutete den Anmeldestart für das Austausch- und Lernprogramm ein. Zusammen mit dem Hinweis auf eine öffentliche Informationsveranstaltung wurde die Pressemitteilung von den lokalen Medien aufgenommen.
- Eine offene Informationsveranstaltung, bei der das Programm vorgestellt wurde und Bürger:innen offene Fragen klären und sich vor Ort für das Programm anmelden konnten, trug wesentlich zu einer Steigerung der Anmeldezahlen bei.
- Weitergehend wurden zielgruppenspezifisch gestaltete Flyer mit QR-Code erstellt. Der auf den Flyern hinterlegte QR-Code führte zu einer extra eingerichteten Webseite, auf der wei-

terführende Informationen, FAQs sowie das Anmeldeformular für das Programm bereitgestellt wurden. Die Flyer wurden im Stadtteil aktiv durch Polizei und kommunalen Ordnungsdienst verteilt – etwa in Geschäften, Supermärkten, Gotteshäusern oder bei sozialen Trägern. Darüber hinaus sprachen die behördlichen Akteur:innen Bürger:innen auch gezielt an.

Bewerbungsprozess

Das Anmelde- und Bewerbungsformular für das Austausch- und Lernprogramm umfasste folgende Abschnitte:

- Basisdaten: Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, aktuelle Anschrift
- Engagement: Angaben zur Mitgliedschaft und zum Engagement in lokalen Organisationen, Vereinen, Verbänden, (Nachbarschafts-)Gruppen oder ehrenamtlichen Strukturen
- Motivation: Angabe der persönlichen Beweggründe für die Teilnahme
- Einwilligungserklärung für die polizeiliche Sicherheitsüberprüfung

Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte auf Grundlage der eingereichten Informationen, wobei ein besonderes Augenmerk auf eine ausgewogene Zusammensetzung der Gruppe im Hinblick auf Engagement im Stadtteil, Alter und Geschlecht gelegt wurde. Nach der polizeilichen Sicherheitsüberprüfung der potenziellen Teilnehmenden wurden die Bewerber:innen über ihre erfolgreiche Anmeldung in Form eines Einladungsschreiben mit allen relevanten Informationen zum Austausch- und Lernprogramm in Kenntnis gesetzt.

▼ Formular



▼ Einladung



▼ Flyer



Modul- handbuch

Auf Grundlage der im Rahmen des Projekts EQAL durchgeführten systematischen Bedarfsanalyse (> Instrumente) wurde ein Austausch- und Lernprogramm konzipiert, das sich zielgerichtet an den Bedarfen der Stadtteilbevölkerung sowie der beteiligten Sicherheits- und Ordnungsbehörden orientiert. Die identifizierten Themenschwerpunkte und strukturellen Anforderungen bildeten die Grundlage für die Entwicklung eines modular aufgebauten Programms, welches eine flexible, themenspezifische Auseinandersetzung mit zentralen Aspekten rund um die Themen Sicherheit, Ordnung und Zusammenleben im Stadtteil ermöglicht. Die ermittelten Themenbereiche wurden in fünf inhaltlich zusammenhängende Einheiten überführt, die als Module strukturiert und in aufeinander aufbauenden Sitzungen behandelt wurden. Hierzu wurden für jedes Modul spezifische thematische Leitfragen, angestrebte Lernergebnisse und Kompetenzen sowie die didaktische Gestaltung definiert.

Als zentrales Ergebnis der Konzeptionsphase wurde ein Modulhandbuch ausformuliert, das die Inhalte, Ziele und methodischen Zugänge aller Programmsitzungen dokumentiert und als praxisnahes Arbeitsinstrument auch andere Polizei- und Ordnungsbehörden auf lokaler Ebene dazu befähigen soll, vergleichbare Programme gezielt und problemorientiert zu konzipieren und umzusetzen.

| | |
|----------------|--|
| Modul 1 | Einführung und Einblicke in den Stadtteil |
| Modul 2 | Aufgaben, Rechte und Pflichten von Polizei, kommunalen Ordnungsdienst und Bürger:innen |
| Modul 3 | Umgang mit Diversität bei Polizei und kommunalen Ordnungsdienst |
| Modul 4 | Themenabend „Häusliche Gewalt“ |
| Modul 5 | Abschlussveranstaltung |

Modul 1

Einführung und Einblicke in den Stadtteil

Das Modul bildet den Einstieg in das Austausch- und Lernprogramm und bietet eine Einführung in das Programm und den Stadtteil. Es vermittelt den Teilnehmenden fundiertes Wissen über die sozialen Strukturen und sicherheitsrelevanten Aspekte des Stadtteils, wodurch ein gemeinsames Verständnis der sozialräumlichen Gegebenheiten und zentraler Sicherheitsfragen geschaffen wird.

Durch den Austausch von persönlichen Erfahrungswerten und Statistiken entwickeln die Teilnehmenden ein Verständnis von Konzepten wie der objektiven und subjektiven Sicherheit, die wiederum zentral für das Verständnis von Themen und Maßnahmen sind, die in den nachfolgenden Modulen behandelt werden.

Leitfragen

- Welche persönlichen und/oder beruflichen Bezüge bestehen zum Stadtteil?
- Mit welcher Motivation und Erwartung erfolgt die Teilnahme am Austausch- und Lernprogramm?
- Warum gibt es das Austausch- und Lernprogramm?
- Warum ist das Austausch- und Lernprogramm für den Stadtteil wichtig?
- Aus welchen sozialen Strukturen setzt sich die Stadtteilgesellschaft zusammen?
- Welche Orte werden im Stadtteil als sicher bzw. unsicher empfunden und was sind die Gründe dafür?
- Was ist über die registrierte Kriminalität, Ordnungswidrigkeiten und die subjektive Sicherheit im Stadtteil bekannt?

Lernergebnisse und Kompetenzen

Die Teilnehmenden...

- ...entwickeln fundiertes Wissen über die Sozialstruktur des Stadtteils sowie die Konzepte der objektiven und subjektiven Sicherheit und können diese auf andere Kontexte anwenden und reflektieren.
- ...identifizieren Angsträume und Wohlfühlorte anhand ihrer persönlichen Wahrnehmungen und Erfahrungen und bewerten diese vor dem Hintergrund der Konzepte der objektiven und subjektiven Sicherheit.
- ...teilen ihre persönlichen Erfahrungen im Stadtteil und reflektieren diese vor dem Hintergrund der in der Sitzung vermittelten Inhalte.

Weitergehende Informationen

- Als Zeichen der besonderen Wertschätzung der Teilnehmenden kann das Programm durch Amts- und Mandatsträger:innen (z.B. Polizeipräsident:in oder Bürgermeister:in) eröffnet werden.
- Die Vorstellungsrunde kann gezielt genutzt werden, um erste thematische Anknüpfungspunkte zwischen den Teilnehmenden sichtbar zu machen und Gemeinsamkeiten sowie unterschiedliche Perspektiven im Stadtteil herauszuarbeiten.
- Das Mapping von Angsträumen und Wohlfühlorten kann bspw. mit Klebepunkten auf zwei separaten Karten des Stadtteils erfolgen. Hierbei können Teilnehmende sowohl ihre eigene Perspektive als auch die anderer Menschen aus dem Stadtteil, mit denen sie beruflich oder privat in Kontakt stehen, einbringen.
- Bei der Kartierung von Angsträumen und Wohlfühlorten sollte darauf geachtet werden, dass die Ergebnisse im Anschluss gemeinsam reflektiert und im Plenum diskutiert werden, um unterschiedliche Wahrnehmungen sichtbar zu machen und ein gemeinsames Verständnis zu fördern.
- Im Rahmen von Quizformaten können zunächst die Einschätzungen der Teilnehmenden hinsichtlich der objektiven Sicherheit und dem subjektiven Sicherheitsempfinden im Stadtteil erfasst und anschließend mit den offiziellen Statistiken und Zahlen von Polizei und kommunalen Ordnungsdienst abgeglichen werden, um mögliche Diskrepanzen zu identifizieren.
- Die Ergebnisse der interaktiven Elemente können dokumentiert und in den weiteren Sitzungen erneut aufgegriffen werden, um Lernprozesse sichtbar zu machen und an bereits diskutierte Inhalte anzuknüpfen.





▲ Fragebogen

Modul 1

Evaluation



Inhalte

- Evaluationsfragen zum Austausch- und Lernprogramm

Lehr- und Lernformen

- Fragebogen mit offenen und geschlossenen Fragen zur Evaluation des Programms

</> 10 min

Begrüßung



Inhalte

- Offizielles Willkommen
- Danksagung

Lehr- und Lernformen

- Kurze Ansprache

</> 10 min

Info



Inhalte

- Verhaltenskodex
- Interaktiver Charakter des Programms

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Vorstellung



Inhalte

- Name
- Bezug zum Stadtteil
- Engagement im Stadtteil
- Motivation für die Teilnahme

Lehr- und Lernformen

- Offene Gesprächsrunde

</> 40 min

Pause



</> 25 min

Programm



Inhalte

- Programmhintergrund
- Themen der Sitzungen des Austausch- und Lernprogramms

Lehr- und Lernformen

- Vortrag

</> 15 min

Einblicke



Inhalte

- Sozialstruktur des Stadtteils

Lehr- und Lernformen

- Vortrag

</> 5 min

Kartierung



Inhalte

- Identifikation von Angsträumen und Wohlfühlorten der Teilnehmenden

Lehr- und Lernformen

- Interaktives Mapping mit anschließender Diskussion

</> 20 min

Sicherheit



Inhalte

- Hell- und Dunkelfeld
- Abgleich des subjektiven Sicherheitsempfindens mit der objektiven Sicherheit im Stadtteil

Lehr- und Lernformen

- Quizformat
- Diskussionsrunden

</> 35 min

Feedback



Inhalte

- Feedback zur Programmsitzung
- Reflexion der vermittelten Inhalte

Lehr- und Lernformen

- Interaktiver Dialog

</> 10 min

Ausblick



Inhalte

- Kurze Vorstellung der Themen der nächsten Sitzung
- Offizielle Verabschiedung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Modul 2

Aufgaben, Rechte und Pflichten

Das Modul vermittelt fundiertes Wissen über die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Arbeit von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst. Die Teilnehmenden lernen neben den behördlichen Aufgaben, Rechten und Pflichten auch ihre eigenen Rechte und Pflichten kennen.

Die vermittelten Kenntnisse sind hierbei essentiell für das Verständnis der Arbeit von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst, das auch in den nachfolgenden Modulen thematisiert und diskutiert wird. Dabei schlägt das Modul eine Brücke zwischen den theoretischen Grundlagen aus Modul 1 und den praktischen Anwendungsaspekten in den nachfolgenden Modulen.

Leitfragen

- Wie sind die organisatorischen Strukturen von Polizei und kommunalen Ordnungsdienst gegliedert?
- Welche Aufgaben, Rechte und Pflichten haben die Polizei und der kommunale Ordnungsdienst?
- Wo liegen die Abgrenzungen der Zuständigkeiten zwischen Polizei und kommunalem Ordnungsdienst?
- Welche Rechte und Pflichten haben Bürger:innen gegenüber der Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst?
- Welche persönliche Schutzausrüstung, Fahrzeuge und moderne Technologien stehen Polizei und kommunalem Ordnungsdienst zur Verfügung und wie werden diese eingesetzt?

Lernergebnisse und Kompetenzen

Die Teilnehmenden...

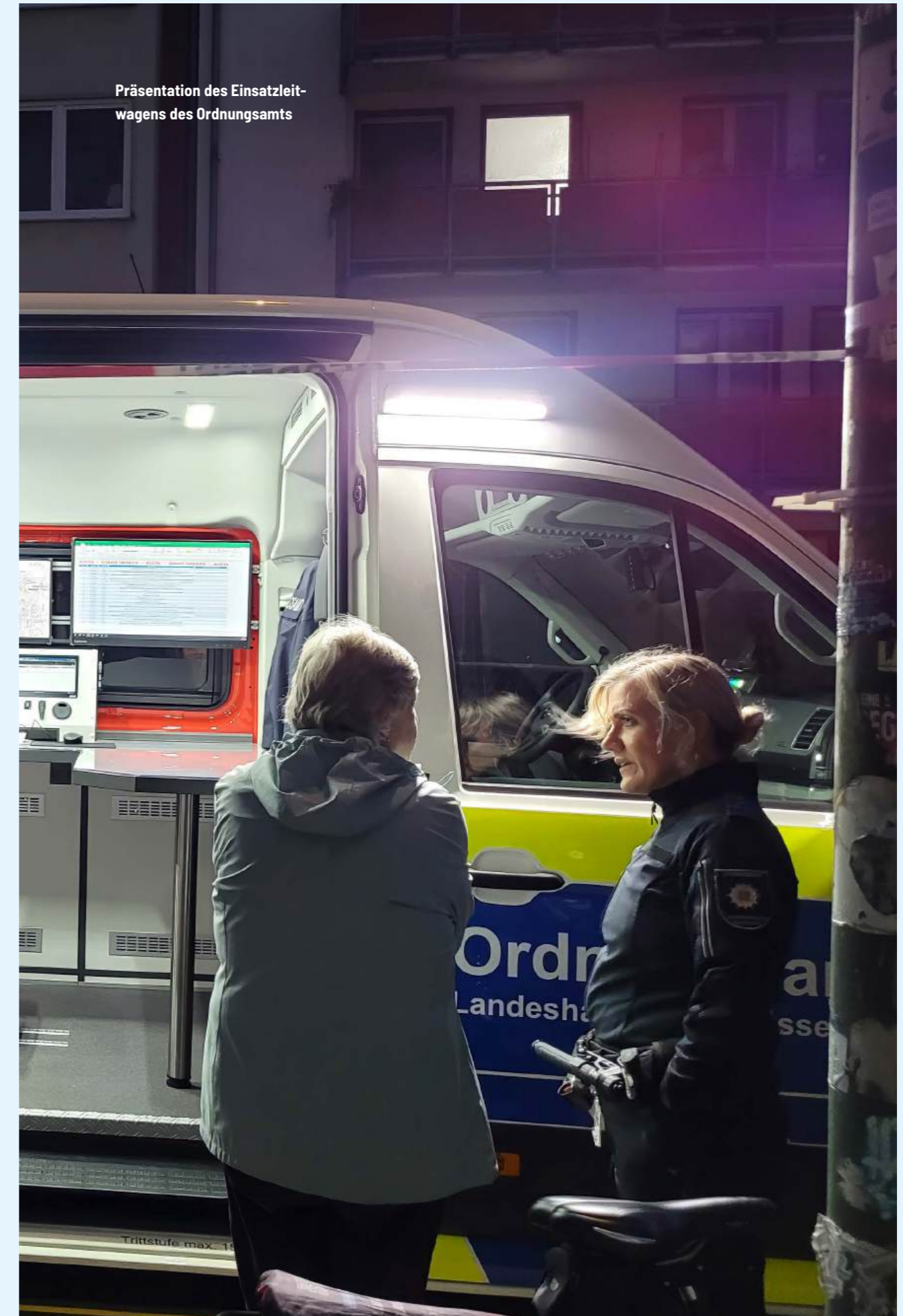
- ...haben ein tiefgehendes Verständnis der organisatorischen Strukturen und Aufgabenbereiche von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst und können diese im städtischen Kontext verorten und bewerten.
- ...entwickeln fundiertes Wissen über die Rechte und Pflichten von Polizei, kommunalen Ordnungsdienst und Bürger:innen, verstehen die rechtlichen Rahmenbedingungen und sind in der Lage die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Handlungsspielräume der behördlichen Akteur:innen zu unterscheiden.
- ...können anhand von praktischen Demonstrationen und Analysen reale Einsatzsituationen bewerten und die damit verbundenen rechtlich-ethischen Fragen reflektieren.
- ...entwickeln ein tiefgehendes Verständnis der persönlichen Ausstattung, Schutzausrüstung und Fahrzeuge von Polizei und

kommunalen Ordnungsdienst und verstehen deren Einsatzmöglichkeiten und rechtlichen Rahmenbedingungen.

- ...können ihre theoretischen Kenntnisse über Aufgaben, Rechte und Pflichten sowie die organisatorischen Strukturen von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst auf reale Maßnahmen und Situationen anwenden und diskutieren.

Weitergehende Informationen

- Quizformate zu praktischen Beispielen und Szenarien (z. B. Paper-and-Pencil-Quiz, Kartenabstimmung) können genutzt werden, um das Wissen der Teilnehmenden über ausgewählte behördliche Maßnahmen und eigene Rechte und Pflichten zu überprüfen.
- Fragestellungen sollten nicht zu komplex formuliert werden, da mitunter deutliche Wissenslücken bei den Teilnehmenden bestehen können.
- Bild- und Videomaterialien (z. B. aus Zeitungsartikeln) können bei Quizformaten sinnvoll zur Veranschaulichung der praktischen Beispiele und Szenarien genutzt werden.
- Im Kontext der Quizfragen zu konkreten behördlichen Maßnahmen sollte auch immer wieder eine Aufklärung über die Rechte und Beschwerdemöglichkeiten der Bürger:innen erfolgen.
- Es sollte den Teilnehmenden regelmäßig die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen Erfahrungswerte einzubringen und in die Diskussion einfließen zu lassen.
- Im Rahmen der Vorstellung der persönlichen Ausstattung, Schutzausrüstung und Fahrzeuge von Polizei und kommunalen Ordnungsdienst können z. B. Streifenwagen, Einsatzleitfahrzeuge, uniformierte Beamt:innen und Spezialausrüstung vor Ort gezeigt werden.



Präsentation des Einsatzleitwagens des Ordnungsamts

Begrüßung



Inhalte

- Offizielles Willkommen
- Überblick über den Sitzungsablauf und Beantwortung (möglicher) offener Fragen von der letzten Programmsitzung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag

</> 10 min

Polizei



Inhalte

- Organisation der Polizei im Bundesland
- Organisation der örtlichen Polizei
- Aufgaben, Rechte und Pflichten am Beispiel von ausgewählten Maßnahmen (z. B. Identitätsfeststellung)
- Praktische Anwendung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag
- Dialogelemente
- Wissensüberprüfung in Form von Quizfragen
- Bild- und Videoanalyse

</> 40 min

Pause



</> 25 min

Modul 2

OSD



Inhalte

- Organisation des Ordnungsamtes im Bundesland
- Organisation des örtlichen kommunalen Ordnungsdienstes (insbesondere der Abteilung Außendienste)
- Aufgaben, Rechte und Pflichten am Beispiel von ausgewählten Maßnahmen (z. B. Lärmbelästigung)
- Praktische Anwendung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag
- Dialogelemente
- Wissensüberprüfung in Form von Quizfragen
- Bild- und Videoanalyse

</> 40 min

Ausstattung



Inhalte

- (Schutz-) Funktion und Bedeutung von Ausstattung, Ausrüstung und Fahrzeugen
- Einsatzmöglichkeiten und -regeln
- Technologieeinsatz

Lehr- und Lernformen

- Praktische Demonstration und Anschauung der persönlichen Schutzausrüstung, Fahrzeuge und moderner Technologien mit Möglichkeit zum offenen Austausch

</> 25 min

Feedback



Inhalte

- Feedback zur Programmsitzung
- Reflexion der vermittelten Inhalte

Lehr- und Lernformen

- Interaktiver Dialog

</> 20 min

Ausblick



Inhalte

- Kurze Vorstellung der Themen des nächsten Moduls
- Offizielle Verabschiedung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Modul 3

Umgang mit Diversität bei Polizei und kommunalen Ordnungsdienst

Das Modul nimmt eine zentrale Position im Gesamtprogramm ein, indem es die Auseinandersetzung mit den sensiblen Themen Profiling und Diversität im behördlichen Kontext ermöglicht und den Teilnehmenden die Gelegenheit bietet, subjektive Einstellungen und Erfahrungen zu teilen und zu adressieren.

Aufbauend auf den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen aus Modul 2, fördert das Modul die Entwicklung eines kritischen Verständnisses von Racial Profiling und der Beeinflussung öffentlicher Diskurse durch mediale Berichterstattungen über Polizei und kommunale Ordnungsdienste. Das Modul bereitet die Teilnehmenden dabei auf weiterführende ethische Fragestellungen in Bezug auf behördliches Handeln und gesellschaftliche Dynamiken in den nachfolgenden Modulen vor.

Leitfragen

- Welche persönlichen Definitionen und Vorstellungen von Racial Profiling bestehen bei den Teilnehmenden und wie unterscheiden sich diese von allgemeinen Definitionen?
- In welchen Situationen ist Profiling ein notwendiges Mittel der Polizeiarbeit und wann wird es problematisch?
- Welche Ursachen von Racial/Ethnic Profiling lassen sich aus einer theoretischen Perspektive ableiten?
- Wie werden Polizei und kommunaler Ordnungsdienst in der medialen Berichterstattung dargestellt und welche Auswirkungen hat dies auf die öffentliche Wahrnehmung?
- Wie können mediale Darstellungen von Einsatzszenarien kritisch hinterfragt und mit den realen Erfahrungen der Einsatzkräfte abgeglichen werden?

Lernergebnisse und Kompetenzen

Die Teilnehmenden...

- ...entwickeln ein tiefgehendes Verständnis der Definitionen und Kernaspekte von (Racial/Ethnic) Profiling und können dieses im Hinblick auf die behördliche Arbeit reflektieren.
- ...reflektieren, wie Polizei und kommunaler Ordnungsdienst in der Öffentlichkeit dargestellt werden und verstehen, welche Rolle Medien bei der öffentlichen Wahrnehmung von Racial Profiling und behördlichen Einsätzen spielen können.
- ...lernen, wie mediale Darstellungen Vorurteile und Stereotype beeinflussen können und entwickeln die Fähigkeit, sich kritisch mit diesen Darstellungen auseinanderzusetzen.

- ...können ihre theoretischen Kenntnisse über Racial Profiling auf mediale und reale Situationen anwenden.
- ...erkennen die Bedeutung von Kontextfaktoren (z. B. Einsatzsituation, Kommunikationsverhalten, äußere Umstände) für die Bewertung von behördlichen Maßnahmen.
- ...können Szenarien im Licht der medialen Berichterstattung reflektieren und die daraus resultierenden öffentlichen Diskurse bewerten.
- ...teilen und reflektieren ihre persönlichen Erfahrungen und können diese vor dem Hintergrund öffentlich geführter Debatten analysieren und diskutieren.

Weitergehende Informationen

- Mit einer offenen Abfrage („Eine Personenkontrolle ist als rassistisch (Racial Profiling) zu bewerten, wenn...“) können mit Metaplankarten die persönlichen Definitionen und Vorstellungen der Teilnehmenden von Racial Profiling erfasst und durch Clustering systematisiert werden.
- Im Kontext der Erklärung von Profiling-Prozessen ist es zentral, den Teilnehmenden aufzuzeigen, welche Rechte und Beschwerdemöglichkeiten sie als Bürger:innen haben, wenn sie eine Kontrolle als unangemessen wahrnehmen.
- Für dieses Modul empfiehlt sich die Einbindung zusätzlicher externer Expertisen (z. B. aus Migrant:innenselbstorganisationen). Bei Bedarf kann die Durchführung zusätzlich durch eine externe Moderation unterstützt werden.
- Die Gegenüberstellung von Fallbeispielen aus der Praxis und medialen Darstellungen kann dazu beitragen, Unterschiede zwischen berichteter und erlebter Realität deutlich zu machen.



Vortrag zu einem Fallbeispiel
im Rahmen von Modul 3

Begrüßung



Inhalte

- Offizielles Willkommen
- Überblick über den Sitzungsablauf und Beantwortung (möglicher) offener Fragen von der letzten Programmsitzung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag

</> 10 min

Pause



</> 25 min

Begriffe I



Inhalte

- Definition der Teilnehmenden von Racial Profiling

Lehr- und Lernformen

- Metaplankarten
- Diskussion und Identifikation von Überthemen

</> 20 min

Begriffe II



Inhalte

- Definitionen von Kernaspekten von Profiling, Racial/Ethnic Profiling und temporär kriminogenen Orten verdachtsunabhängige Maßnahmen nach § 22 BPolG
- Folgen
- Mögliche Ursachen
- Theoretische Perspektiven auf Racial/Ethnic Profiling
- Präventionsansätze

Lehr- und Lernformen

- Vortrag

</> 25 min

Fallbeispiel



Inhalte

- Videosequenz/Bildmaterial zu einem konkreten Einsatz
- Presseberichte und Social Media Posts zu dem Einsatz
- Darstellung des Einsatzes aus der persönlichen Perspektive des/der betroffenen behördlichen Akteur:in(nen)

Lehr- und Lernformen

- Vortrag mit interaktiven Elementen
- Bild-/Videoanalyse
- Analyse von Social Media Posts
- Offene Fragerunde

</> 40 min

Diskussion



Inhalte

- Persönliche Erfahrungswerte der Teilnehmenden
- Erfahrungen von Polizei und kommunalen Ordnungsdienst mit Respektlosigkeit, Anfeindungen, Beleidigungen und Gewalt
- Thematisierung (möglicher) Veränderungen des Begriffsverständnisses von Racial Profiling

Lehr- und Lernformen

- Offene Diskussionsrunde

</> 45 min

Feedback



Inhalte

- Feedback zur Programmsitzung
- Reflexion der vermittelten Inhalte

Lehr- und Lernformen

- Interaktiver Dialog

</> 15 min

Ausblick



Inhalte

- Kurze Vorstellung der Themen des nächsten Moduls
- Offizielle Verabschiedung

Lehr- und Lernformen

- Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Modul 3

Modul 4

Themenabend „Häusliche Gewalt“

Das Modul nimmt im Gesamtprogramm einen spezifischen Stellenwert ein, da es sich als Themenabend einem besonders praxisnahen und gesellschaftlich relevanten Themenbereich widmet und in diesem Zusammenhang Arbeitsabläufe von Sicherheits- und Ordnungsbehörden vorstellt. Im Rahmen des vorliegenden Programms wurde der Themenbereich „Häusliche Gewalt“ gewählt, wobei im Rahmen künftiger Programmdurchführungen auch andere Kriminalitätsphänomene oder Ordnungswidrigkeiten behandelt werden können.

Das Modul stellt einen wichtigen Baustein des Gesamtprogramms dar, da es nicht nur theoretisches Wissen vermittelt, sondern auch praktische Ansätze zur Prävention und Intervention aufzeigt, die besonders für Teilnehmende mit einem beruflichen und/oder persönlichen Bezug zum Thema relevant sind. Auf den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen aus Modul 2 aufbauend, lernen die Teilnehmenden die polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen kennen, die im Kontext von häuslicher Gewalt zum Einsatz kommen, werden für Warnsignale von Gewalt sensibilisiert und erfahren, welche Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen getroffen werden können. Das Modul trägt hierbei wesentlich zur Förderung von Zivilcourage bei und stärkt das Bewusstsein für die Verantwortung jedes/jeder Einzelnen im Umgang mit häuslicher Gewalt, sowohl im privaten, öffentlichen als auch im beruflichen Umfeld. Die in Modul 3 erarbeitete Reflexionsfähigkeit bezüglich öffentlicher und medialer Diskurse hilft dabei, die gesellschaftliche Wahrnehmung von häuslicher Gewalt zu analysieren.

Leitfragen

- Wie ist der Begriff „Häusliche Gewalt“ definiert und welche gesellschaftlichen und rechtlichen Faktoren bestimmen das Begriffsverständnis?
- Welche Anzeichen und Warnsignale deuten auf häusliche Gewalt hin und wie lässt sich der Kreislauf der Gewalt erklären?
- Wie sollte man reagieren, wenn man Zeuge/Zeugin häuslicher Gewalt im privaten, beruflichen oder öffentlichen Umfeld wird?
- Welche präventiven und repressiven Maßnahmen kann die Polizei im Rahmen von Einsätzen gegen häusliche Gewalt ergreifen?
- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendamt, Frauenberatungsstellen und weiteren Akteur:innen im Umgang mit häuslicher Gewalt?
- Welche Hilfsangebote und Beratungsstellen stehen Opfern häuslicher Gewalt und ihren Angehörigen zur Verfügung und wie können dieser erreicht werden?

Lernergebnisse und Kompetenzen

Die Teilnehmenden...

- ...haben ein tiefergehendes Verständnis von häuslicher Gewalt, ihrer gesellschaftlichen Einbettung, von Warnsignalen und dem Kreislauf der Gewalt.
- ...können rechtliche und soziale Rahmenbedingungen häuslicher Gewalt bewerten.
- ...werden dafür sensibilisiert, dass häusliche Gewalt keine Privatangelegenheit ist, und verstehen die Bedeutung von Zivilcourage und kennen situationsgerechte Reaktionen auf häusliche Gewalt sowohl im privaten, beruflichen als auch im öffentlichen Umfeld.
- ...entwickeln fundiertes Wissen über die rechtlichen Möglichkeiten und Pflichten der Polizei im Bereich der häuslichen Gewalt und verstehen, welche präventiven und repressiven Maßnahmen für den Schutz der Opfer ergriffen werden können.
- ...erfahren, welche Beratungs- und Hilfsangebote existieren, welche Unterstützung dort angeboten wird und können Betroffene gezielt an diese Stellen vermitteln.

Weitergehende Informationen

- Der Themenabend „Häusliche Gewalt“ wurde gemeinsam von der Polizei und der Düsseldorfer Frauenberatungsstelle (Steckbriefe) gestaltet und umgesetzt.
- Häusliche Gewalt ist ein sensibles Thema, weshalb ausdrücklich auf vorhandene Beratungsmöglichkeiten hingewiesen und wenn möglich das Angebot gemacht werden sollte, dass Mitarbeiter:innen von Beratungsstellen sowohl in den Programmpausen als auch im Nachgang für vertrauliche Gespräche zur Verfügung stehen.
- Aufklärungsvideos zum Thema „Häusliche Gewalt“ finden sich beispielsweise auf YouTube.
- Zusätzlich zu den Vorträgen können auch polizeiliche Dokumente, die in Fällen häuslicher Gewalt ausgefüllt werden müssen, als Anschauungsmaterial und/oder Informationsmaterialien von Beratungsstellen zur Verfügung gestellt werden.



Präsentation der Düsseldorfer
Frauenberatungsstelle

Begrüßung



- Inhalte**
- Offizielles Willkommen
 - Überblick über den Sitzungsablauf und Beantwortung (möglicher) offener Fragen von der letzten Programmsitzung

- Lehr- und Lernformen**
- Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Einführung



- Inhalte**
- Begriffsdefinition
 - Tatbestände
 - Offizielle Zahlen häuslicher Gewalt aus der PKS für das Stadtgebiet
 - Gesellschaftliche Einbettung
 - Warnsignale
 - Kreislauf der Gewalt

- Lehr- und Lernformen**
- Vortrag

</> 25 min

Film



- Inhalte**
- Formen häuslicher Gewalt
 - Anzeichen und Warnsignale
 - Dynamiken häuslicher Gewalt
 - Handlungsmöglichkeiten

- Lehr- und Lernformen**
- Aufklärungsvideo zum Thema „Häusliche Gewalt“

</> 5 min

Streife



- Inhalte**
- Polizeiliche Einsatzwahrnehmung in Fällen häuslicher Gewalt
 - Bekanntwerden eines Einsatzes
 - Vorbereitung auf der Anfahrt
 - Eintreffen am Einsatzort
 - Maßnahmen
 - Formulare

- Lehr- und Lernformen**
- Vortrag mit anschließender Diskussion

</> 30 min

Pause



</> 25 min

Kripo



- Inhalte**
- Polizeiliche Sachbearbeitung in Fällen häuslicher Gewalt
 - Sachverhaltsübernahme
 - Vernehmung
 - Gefährdeten-/Gefährderansprache
 - Eindrucksvermerk

- Lehr- und Lernformen**
- Vortrag mit anschließender Diskussion

</> 30 min

Angebote



- Inhalte**
- Allgemeine Beratung und spezialisierte Fachstellen
 - Arbeitsansätze
 - Angebote und Ziele in der Beratungsarbeit
 - Zahlen häuslicher Gewalt im Stadtgebiet
 - Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt
 - Bedarfe von Kindern, Täter:innen und betroffenen Frauen

- Lehr- und Lernformen**
- Vortrag mit anschließender Diskussion

</> 30 min

Feedback



- Inhalte**
- Feedback zur Programmsitzung
 - Reflexion der vermittelten Inhalte

- Lehr- und Lernformen**
- Interaktiver Dialog

</> 15 min

Ausblick



- Inhalte**
- Kurze Vorstellung der Themen des nächsten Moduls
 - Offizielle Verabschiedung

- Lehr- und Lernformen**
- Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Modul 4

Modul 5

Abschluss- veranstaltung

Das Modul stellt den Abschluss des Austausch- und Lernprogramms dar und dient der Reflexion und Evaluation des Gesamtprogramms. Die Teilnehmenden erhalten die Möglichkeit, ihre Lernerfahrungen aus den vorangegangenen Modulen zu reflektieren und gemeinsam zu diskutieren.

Durch den Erfahrungsaustausch identifizieren die Teilnehmenden die Stärken und Schwächen des Programms und geben konstruktives Feedback, das zur Weiterentwicklung des Programms beitragen soll. Das Modul baut dabei auf den Inhalten aller vorheriger Module auf und fasst die gewonnenen Erkenntnisse der Teilnehmenden zusammen. Das Modul sensibilisiert abschließend für den Mehrwert von Austausch- und Lernformaten und zeigt auf, wie das Feedback der Teilnehmenden systematisiert und in die zukünftige Gestaltung des Programms integriert werden kann.

Leitfragen

- Welche Aspekte des Austausch- und Lernprogramms haben sich besonders bewährt und sollten beibehalten werden?
- Welche Aspekte des Programms wurden als weniger hilfreich empfunden und wie könnten sie verbessert werden?
- Welche persönlichen Lernerfahrungen und Erkenntnisse wurden aus dem Programm mitgenommen?
- Welche konkreten Verbesserungsvorschläge gibt es für zukünftige Programmdurchführungen?

Lernergebnisse und Kompetenzen

Die Teilnehmenden...

- ...erhalten einen Einblick in mögliche nächste Schritte und können eigene Perspektiven und Ideen in zukünftige Entwicklungen einbringen.
- ...teilen und reflektieren ihre persönlichen Erfahrungen im Rahmen des Austausch- und Lernprogramms und identifizieren dessen Stärken und Schwächen.
- ...geben konstruktives Feedback und formulieren spezifische Verbesserungsvorschläge.
- ...werden für die vermittelten Inhalte sowie die positiven Effekte des Austausch- und Lernprogramms und deren Mehrwert für die persönliche und berufliche Weiterentwicklung sensibilisiert.

Weitergehende Informationen

- Im Rahmen der Urkundenverleihung erhalten alle Teilnehmenden eine personalisierte Urkunde sowie ein personalisiertes Anschreiben, die jeweils von den leitenden Programmverantwortlichen aus Polizei und Ordnungsamt unterzeichnet sind.
- Als Zeichen der besonderen Wertschätzung der Teilnehmenden kann die Urkundenübergabe durch Amts- und Mandatsträger:innen (z. B. Polizeipräsident:in oder Bürgermeister:in) vorgenommen werden.
- Ein erweitertes Catering, das neben Fingerfood auch warme Speisen anbietet, kann zusätzlich zu einer feierlichen Atmosphäre beitragen.
- Die Reflexions- und Feedbackphase sollte ausreichend Raum für offene Diskussionen bieten, in denen unterschiedliche Perspektiven eingebracht und gemeinsam reflektiert werden können.
- Es empfiehlt sich, zentrale Ergebnisse der Feedbackphase zu dokumentieren und für die Weiterentwicklung zukünftiger Programmdurchführungen systematisch auszuwerten.
- Die Abschlussveranstaltung kann genutzt werden, um die Kontakte zwischen den Teilnehmenden zu verstetigen und Möglichkeiten für einen weiteren Austausch über das Programm hinaus aufzuzeigen.



Urkundenübergabe durch die
Polizeipräsidentin Miriam Brauns

Begrüßung



- Inhalte**
 - Offizielles Willkommen
 - Überblick über den Sitzungsablauf
- Lehr- und Lernformen**
 - Kurzer Inputvortrag

</> 15 min

Ehrung



- Inhalte**
 - Danksagung
 - Urkundenübergabe
- Lehr- und Lernformen**
 - Kurze Ansprache
 - Persönliche Urkundenübergabe

</> 30 min

Pause



- Inhalte**
 - Get-together

</> 45 min

Evaluation



- Inhalte**
 - Evaluationsfragen zum Austausch- und Lernprogramm
- Lehr- und Lernformen**
 - Fragebogen mit offenen und geschlossenen Fragen zur Evaluation des Programms

</> 15 min



▲ Fragebogen

Ausklang



- Inhalte**
 - Danksagung
 - Offizielle Verabschiedung
- Lehr- und Lernformen**
 - Kurzer Inputvortrag

</> 5 min

Feedback



- Inhalte**
 - Feedback zum Austausch- und Lernprogramm
 - Reflexion der vermittelten Inhalte
- Lehr- und Lernformen**
 - Interaktiver Dialog

</> 70 min

Modul 5

Programm- durchführung

Das Austausch- und Lernprogramm in Düsseldorf-Oberbilk wurde im September und Oktober 2024 durchgeführt. Über einen Zeitraum von fünf Wochen kamen die Teilnehmenden jeweils dienstags in der Zeit von 18 bis 21 Uhr zusammen. Vor jeder Sitzung wurde ein Get-together angeboten, das bereits ab 17:30 Uhr Raum für den informellen Austausch bot. Veranstaltungsort waren die neutralen Räumlichkeiten des Vereins *Königinnen und Helden* (► Steckbriefe). Die Treffen fanden in einer geschützten, wertschätzenden Atmosphäre statt, jeweils begleitet von einem Catering-Angebot in Form von nicht-alkoholischen Getränken und Fingerfood (vegan, halal). Für das Programm lagen insgesamt 16 geprüfte und akzeptierte Anmeldungen vor, wobei eine feste Gruppe von 14 engagierten Teilnehmenden aktiv an allen fünf Sitzungen teilnahm. Die kontinuierliche Zusammensetzung der Gruppe bewirkte ein vertrautes Umfeld, das durch Austausch, Diskussion und wachsendes Vertrauen geprägt war.

Gruppenfoto der Teilnehmenden mit der
Düsseldorfer Polizeipräsidentin



Ergebnisse der Evaluation

Das Austausch- und Lernprogramm wurde im Rahmen des Projekts EQAL nicht nur konzipiert und umgesetzt, um neue Räume der Begegnung zwischen Polizei, kommunalem Ordnungsdienst und Stadtteilbevölkerung zu schaffen – es wurde zugleich auch kontinuierlich wissenschaftlich begleitet und evaluiert, um Erkenntnisse über Wirkung, Wahrnehmung und Weiterentwicklungspotenziale zu gewinnen.

Aufbauend auf teilnehmenden Beobachtungen, standardisierten Befragungen und Feedbackgesprächen wurden Daten erhoben, die eine fundierte Reflexion des Programms ermöglichen (► Instrumente).

Ausgewählt Ergebnisse der quantitativen Teilnehmendenbefragung

Zur Erfassung der Wirkungen des Austausch- und Lernprogramms wurde unter anderem eine standardisierte Paper-and-Pencil-Befragung der Teilnehmenden in der ersten (n=13) und letzten Sitzung (n=12) durchgeführt. Im Fokus standen dabei das Vertrauen in Polizei und Ordnungsdienst sowie das Wissen über deren Aufgaben und Zuständigkeiten.

Analog zur quantitativen Bevölkerungsbefragung (► Wissenschaftliche Ergebnisse) zeigen die Daten der Erstbefragung ein grundsätzlich höheres Vertrauen in die Polizei im Vergleich zum kommunalen Ordnungsdienst. Der Vergleich der Erhebungen zu Beginn und zum Abschluss des Programms (Abbildungen 10 und 11) verdeutlicht: Das Austausch- und Lernprogramm hatte einen positiven Effekt auf das Vertrauen in die behördliche Arbeit und insbesondere auf das Verständnis für die Zuständigkeiten von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst. Der stärkste Zuwachs konnte hierbei im Bereich der Vertrautheit mit den behördlichen Abläufen erreicht werden. Sowohl für die Polizei als auch für den Ordnungsdienst zeigt sich ein deutlicher Wissenszuwachs – im Durchschnitt um über 30 Prozent. Zusätzlich lassen sich steigende Zustimmungswerte bei der Einschätzung der Ausbildung der Mitarbeitenden sowie beim Verständnis für rechtliche Befugnisse feststellen. Auffällig ist, dass die positiven Effekte des Programms für den Ordnungsdienst noch ausgeprägter ausfallen als für die Polizei. Während zu Beginn der Befragung das Vertrauen in die Polizei grundsätzlich höher eingeschätzt wurde, näherten sich die Bewertungen beider Organisationen im Laufe des Programms deutlich an, sodass anfängliche Differenzen durch die Programmteilnahme deutlich reduziert werden konnten.

In der abschließenden Evaluationsbefragung wurde das Erhebungsinstrument um Fragen zur Bewertung des Austausch- und Lernprogramms erweitert. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden fielen

dabei durchweg positiv aus (siehe Abbildung 12): Die durchschnittliche Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zur Lernerfahrung, Relevanz und Weiterempfehlung des Programms lag stets über 4 auf einer Skala von 1 - *stimme überhaupt nicht zu* bis 5 - *stimme stark zu* – wobei die größte durchschnittliche Zustimmung bei der Aussage „Ich würde andere Bürger:innen die Teilnahme am Austausch- und Lernprogramm empfehlen.“ erzielt wurde (MW = 4,7).

Die Ergebnisse belegen somit, dass die Teilnehmenden das Programm als eine wertvolle Erfahrung wahrgenommen haben, von der sie persönlich profitieren, die sie weiterempfehlen würden und die aus ihrer Sicht weitergeführt werden sollte. Der Vergleich der einzelnen Programmsitzungen zeigt zudem, dass Modul 2 und Modul 4, die behördliche Aufgaben, Rechte und Pflichten sowie die Veranschaulichung konkreter Arbeitsabläufe behandelten, am positivsten von den Teilnehmenden bewertet wurden.

Abbildung 10 ▼

Mittelwerte des Vertrauens in die Polizei

- Evaluation I (n=12-13)
- Evaluation II (n=12)

Abbildung 11 ▼

Mittelwerte des Vertrauens in den Ordnungs- und Servicedienst (OSD)

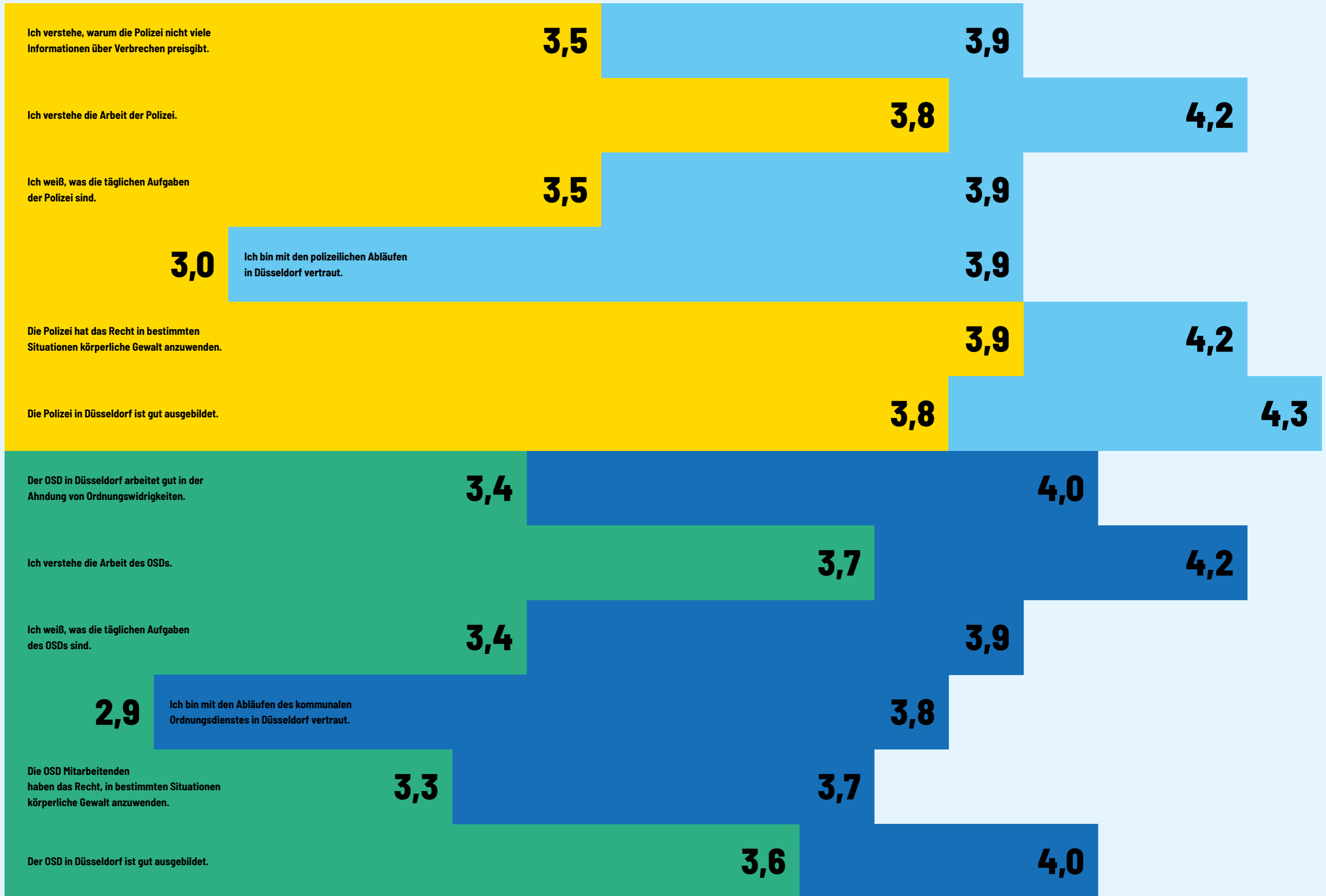
- Evaluation I (n=11-13)
- Evaluation II (n=12)

Abbildung 12 ►

Mittelwerte der Bewertung des Austausch- und Lernprogramms (n=12)

Skala: 1 - stimme überhaupt nicht zu bis 5 - stimme stark zu





2,8 2,9 3,0 3,1 3,2 3,3 3,4 3,5 3,6 3,7 3,8 3,9 4,0 4,1 4,2 4,3

Positives Feedback

Die Rückmeldungen der Teilnehmenden aus den Feedbackgesprächen verdeutlichen, dass das Austausch- und Lernprogramm als ein innovatives und bürgernahes Angebot wahrgenommen wird, das wesentlich zum Aufbau von wechselseitigem Vertrauen und Verständnis beitragen kann. Besonders positiv hervorgehoben wurden dabei die folgenden Punkte:

Perspektivwechsel

Das Programm wurde als geeigneter Rahmen beschrieben, um bestehende Vorurteile zu hinterfragen und andere Sichtweisen kennenzulernen. Der Austausch zwischen Polizei, Ordnungsdienst und Bürger:innen trug dazu bei, das Verständnis für die Perspektiven des/der jeweils anderen zu stärken.

Erkenntnisgewinn und Praxistransfer

Die Sitzungen wurden als lehrreich, abwechslungsreich und gut vorbereitet wahrgenommen. Viele Teilnehmende berichteten, die Inhalte bereits in ihre tägliche Arbeit oder in Angebote im Stadtteil integriert zu haben.

Vernetzung und Vertrauensaufbau

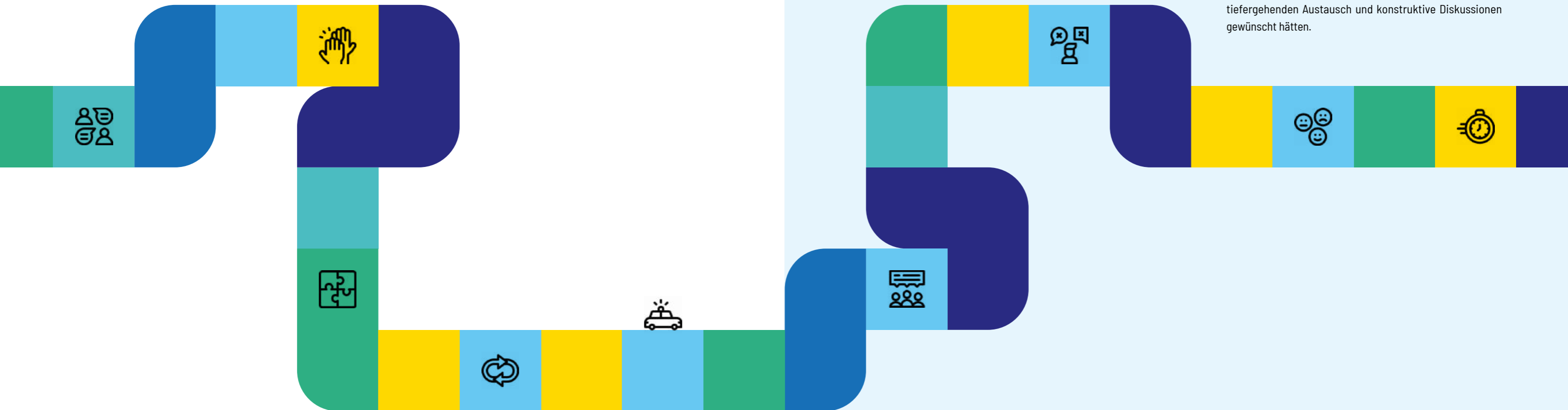
Das Programm bot den Bürger:innen die Gelegenheit, sich sowohl untereinander, als auch mit den behördlichen Akteur:innen zu vernetzen. Der offene Austausch schuf hierbei einen Raum, in dem Verständnis und Vertrauen aufgebaut und wechselseitige Lernprozesse angeregt wurden.

Wechselseitigkeit

Es wurde betont, dass nicht nur Informationen über behördliche Strukturen vermittelt wurden, sondern dass das Programm auch den behördlichen Akteur:innen wertvolle Einblicke in die Lebenswelt und Perspektiven der Teilnehmenden ermöglicht hat.

Zukunftsperspektive

Zahlreiche Rückmeldungen befürworteten eine Fortsetzung und Verstärkung des Austausch- und Lernprogramms.



Konstruktive Kritik

Trotz der insgesamt positiven Resonanz wurden auch strukturelle und inhaltliche Verbesserungsvorschläge geäußert, die wertvolle Impulse für eine Weiterentwicklung des Programms bieten:

Barrieren durch Sicherheitsüberprüfung

Die während der Anmeldung für das Austausch- und Lernprogramm erforderliche Zustimmung zur polizeilichen Sicherheitsüberprüfung wurde von mehreren Teilnehmenden als Hürde beschrieben, die insbesondere marginalisierte Gruppen von einer Teilnahme abschrecken könnte.

Zeitweiliger Seminar-Charakter

Einzelne Rückmeldungen beschrieben das Format phasenweise als zu sehr an der Wissensvermittlung orientiert. Gewünscht wurden dagegen offene Diskussionen und mehr interaktive Elemente, um den Austauschcharakter weiter zu stärken.

Begrenzte Perspektivenvielfalt

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Zusammensetzung der Teilnehmendengruppe nicht die gesamte Vielfalt der Stadtteil-

gesellschaft widerspiegelte, wodurch bestimmte Erfahrungen und Perspektiven weniger zur Sprache kamen.

Umgang mit emotionalen Themen

Während der ersten Durchführung des Programms konnte nicht abschließend bewertet werden, ob dieses auch für emotional aufgeladene oder kontroverse Gespräche geeignet ist. Es wurde empfohlen, bei sensiblen Themenkomplexen künftig auf professionelle Moderator:innen zurückzugreifen, um eine konstruktive Auseinandersetzung zu unterstützen.

Verbesserung der Mitgestaltungsmöglichkeiten

Von den teilnehmenden Bürger:innen wurde der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung an der Gestaltung der Sitzungen formuliert, verbunden mit dem Impuls, aktuelle Themen aus dem Stadtteil stärker zu fokussieren.

Mehr Raum für Austausch und Diskussionen

Einzelne Teilnehmende merkten an, dass Diskussionen zum Teil zu früh beendet wurden und sie sich mehr Zeit für einen tiefergehenden Austausch und konstruktive Diskussionen gewünscht hätten.

3 Fragen an Dr. Karsten Lauber

Dr. Karsten Lauber ist Leiter des Fachbereichs Ordnung und Sicherheit der Landeshauptstadt Potsdam. In seiner Dissertationsschrift hat er sich mit der kriminalpräventiven Wirksamkeit des kommunalen Ordnungsdienstes beschäftigt.

Warum ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den kommunalen Ordnungsdienst wichtig für die Arbeit der Ordnungsbehörden?

KL: Vertrauen ist die Grundlage jeglicher sozialer Beziehungen, so auch im Verhältnis zwischen Bürger:innen und kommunalem Ordnungsdienst. Vertrauen basiert zum einen auf der Wirksamkeit ordnungsbehördlicher Arbeit und damit dem Empfinden der Bürger:innen, sicher zu sein, und zum anderen auf der Bewertung der erlebten Kontakte als fair, beispielsweise im Hinblick auf die Umgangsformen als angemessen. Demnach ist das Vertrauen der Bevölkerung in die ordnungsbehördliche Arbeit ein grundlegendes Kriterium für deren Legitimierung. Die wenigen vorliegenden Untersuchungen über kommunale Ordnungsdienste weisen darauf hin, dass es nur selten direkte Kontakte zwischen Bevölkerung und Mitarbeitenden des kommunalen Ordnungsdienstes gibt und die Zufriedenheit mit den erlebten Kontakten als mäßig bewertet wird. Das ist aus vielerlei Hinsicht problematisch. Wenn sich kommunale Ordnungsdienste im Rahmen ihres Controllings mit Effizienz und Effektivität befassen, muss auch das Vertrauen Berücksichtigung finden, beispielsweise im Rahmen von Befragungen von Bürger:innen.

Welche Maßnahmen können Kommunen umsetzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Ordnungsbehörden zu stärken?

KL: Die Grundlage bildet eine solide Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden in den Ordnungsbehörden. Teilweise unterschätzt wird der Bedarf, Rollenklarheit im Verhältnis zwischen Ordnungsbehörde und Bevölkerung zu schaffen. Das bedeutet im ersten Schritt die Herstellung von Transparenz in Bezug auf die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungshüter:innen. Des Weiteren ist eine wahrnehmbare Präsenz vonnöten sowie positiv konnotierte Kontakte. Gerade die Ordnungsbehörden mit ihrer originären Aufgabe der Gefahrenabwehr haben hohes, noch ungenutztes Potential, sich als Hilfsinstitution zu profilieren. Abschließend möchte ich noch auf die Fehlerkultur hinweisen, bei der es meiner Erfahrung nach noch Defizite bei Ordnungsbehörden aufzuarbeiten gilt. Ich nehme dies vor allem bei der

Bearbeitung von Beschwerden von Bürger:innen wahr, die nicht selten eine geringe Fähigkeit zur Selbstreflexion erkennen lässt. Eine problematische Fehlerkultur birgt hohes Konfliktpotential und kann maßgeblich dazu beitragen, Vertrauen der Bürger:innen zu verlieren.

Inwiefern ist das Vertrauen von Angehörigen des kommunalen Ordnungsdienstes in die Bürgerinnen und Bürger wichtig für die alltägliche Arbeit der Ordnungsbehörden?

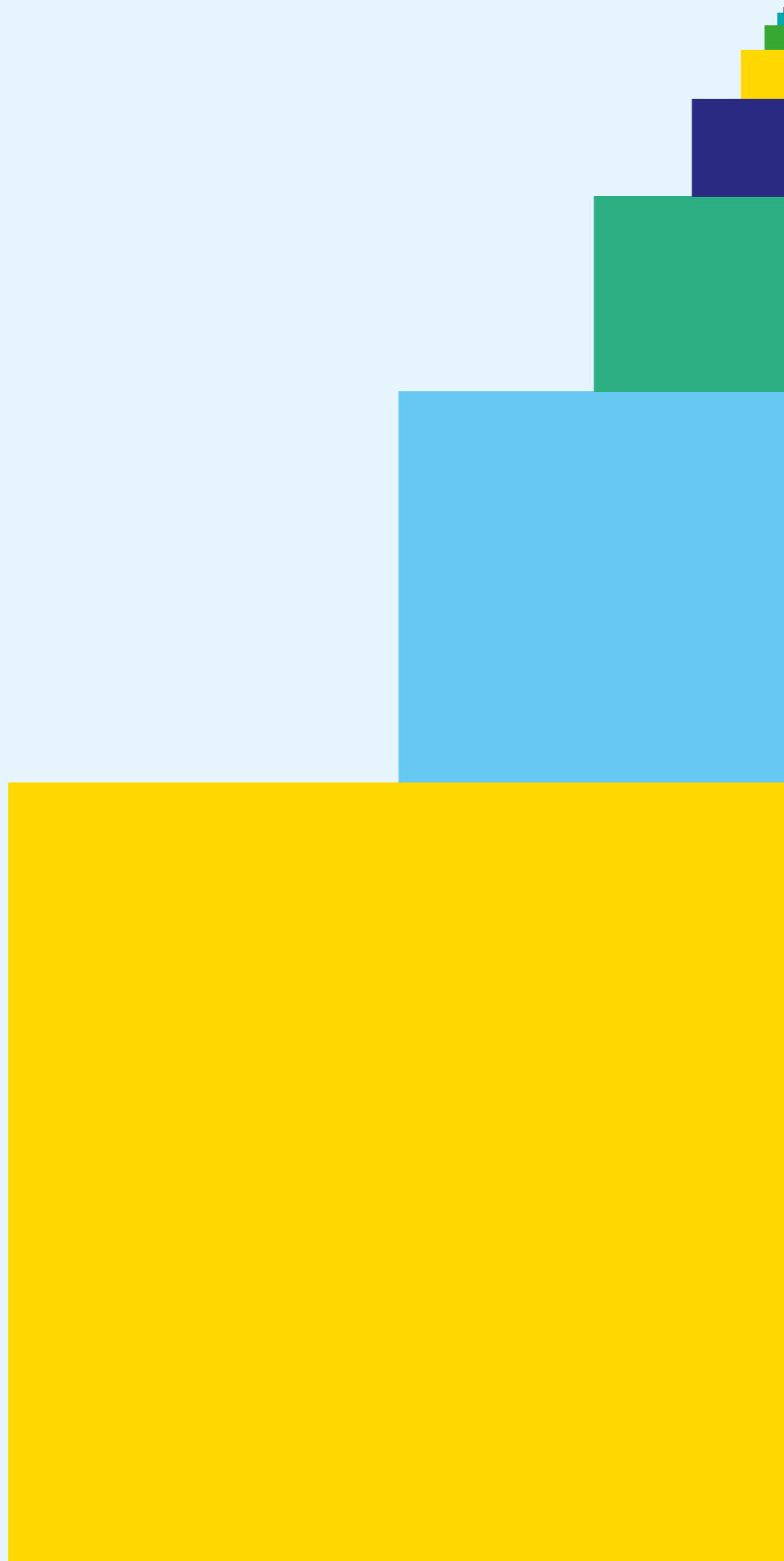
KL: Ebenso wie bei der Polizei sind die Mitarbeitenden kommunaler Ordnungsdienste auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, denn die Mehrzahl der Hinweise bzw. Anzeigen sind von diesen veranlasst. Auch hier kommt also das Vertrauen zum Tragen, wenn man Vertrauen als eine Art Scharnier für das Zusammenwirken in Interaktionen zwischen individuellen Akteur:innen und den Vertreter:innen von Institutionen versteht. Im Vertrauen in die Bevölkerung kommt ein Maß an Reflexivität zum Tragen, es sagt also etwas über die Binnenperspektive eines kommunalen Ordnungsdienstes aus. Teil einer öffentlichen Institution zu sein bedeutet, auch eine von der Öffentlichkeit kontrollierte und kontrollierbare Institution zu sein. Das müssen kommunale Ordnungsdienste auf der Grundlage von Vertrauen zulassen – und auch aushalten können.



Dr. Karsten Lauber
Leiter des Fachbereichs Ordnung und Sicherheit
der Landeshauptstadt Potsdam

„Vertrauen ist die Grundlage jeglicher sozialer Beziehungen, so auch im Verhältnis zwischen Bürger:innen und kommunalem Ordnungsdienst. Vertrauen basiert zum einen auf der Wirksamkeit ordnungsbehördlicher Arbeit und damit dem Empfinden der Bürger:innen, sicher zu sein, und zum anderen auf der Bewertung der erlebten Kontakte als fair, beispielsweise im Hinblick auf die Umgangsformen als angemessen.“

Dr. Karsten Lauber
Leiter des Fachbereichs Ordnung und Sicherheit
der Landeshauptstadt Potsdam



Erfolgsfaktoren des Austausch- und Lernprogramms

Die wissenschaftliche Begleitung des Austausch- und Lernprogramms (► Instrumente) diente nicht nur der Erfassung von Wahrnehmungen und Effekten, sondern ermöglichte auch die differenzierte Reflexion der Planung, Implementation und Wirkung der einzelnen Programmsitzungen. Auf Basis von teilnehmenden Beobachtungen, standardisierten Befragungen und ausführlichen Feedbackgesprächen konnten zentrale Gelingensbedingungen, aber auch Herausforderungen identifiziert werden. Die nachfolgende Übersicht bündelt praktische Hinweise, wie das Austausch- und Lernprogramm künftig zielgruppengerecht, partizipativ und wirkungsvoll gestaltet werden kann.

Was sich bewährt hat

Do's



- Zu Beginn jeder Sitzung auf aktuelle und stadt(teil)spezifische Themen und Entwicklungen eingehen.
- In Input-Vorträgen gezielte Bezüge zu realen und aktuellen Ereignissen herstellen und Beispiele aus der Arbeitspraxis einbringen.
- Interaktive Elemente, Karten, Videos, Bild- und Anschauungsmaterialien verwenden.
- Get-together und längere Pausen einplanen, um Raum für den informellen Austausch und die persönliche Vernetzung zu schaffen.
- Einen ansprechenden Veranstaltungsort wählen und Catering in Form von Fingerfood und Getränken zur Verfügung stellen.

Was vermieden werden sollte

Don'ts



- Diskussionen frühzeitig abbrechen oder unterbinden.
- Input-Vorträge mit einer hohen Konzentration theoretischer Inhalte oder einer übermäßigen Verwendung von Fachbegriffen.
- Lange Vortragsblöcke ohne Pausen oder aktivierende Elemente.
- Erfahrungen und Einschätzungen von Bürger:innen relativieren oder in Frage stellen.
- In den Pausen und beim Get-together im eigenen Kreis und damit unter sich bleiben.

Zentrale Learnings

Die nachfolgenden zentralen Learnings fassen die wesentlichen Erkenntnisse aus Konzeption, Umsetzung und Evaluation des Austausch- und Lernprogramms zusammen. Sie bieten praxisorientierte Empfehlungen für zukünftige Programmdurchführungen und zeigen auf, welche Faktoren maßgeblich zum Erfolg eines solchen Formats beitragen können.

Planung



Frühzeitige Planung und ausreichend Vorlaufzeit für die Rekrutierung potenzieller Teilnehmer:innen beachten, um so gezielt verschiedene Zielgruppen im Stadtteil zu erreichen.

Kontakt



Individuelle und niedrigschwellige Ansprache potenzieller Teilnehmer:innen beispielsweise durch Werbemaßnahmen oder bekannte Vertrauenspersonen, die Interesse wecken und den Mehrwert der Teilnahme deutlich machen können.

Netzwerke



Gezielte Einbindung von sozialen Medien sowie von Multiplikator:innen und Schlüsselakteur:innen im Stadtteil, wie zum Beispiel Kita- und Schulleitungen, Erzieher:innen, Vertreter:innen migran-tischer Communities und religiöser oder kultureller Organisationen sowie Kultur- und Nachbarschaftsinitiativen.

Inhalte



Bereits in der Phase der Programmkonzeption frühzeitig relevante Themen identifizieren, die für die verschiedenen Gruppen im Stadtteil von Interesse sein können, beispielsweise durch die konkrete Abfrage von Themen und Fragestellungen bei Multiplikator:innen.

Methodik



Interaktive Methoden und Materialien jeweils gezielt auf die Teilnehmendengruppe abstimmen, unter Berücksichtigung von Sprache, Vorwissen, Interesse und digitaler Kompetenz.

Zeitplan



Die Zeitplanung der Programmsitzungen möglichst großzügig gestalten, um ausreichend Raum für Diskussionen, Nachfragen und Austausch zu ermöglichen

Handouts



Bereitstellung ergänzender Materialien wie Handouts zu den Sitzungsinhalten, die auch zur Weitergabe an andere Zielgruppen im Stadtteil geeignet sind und so zur Verbreitung zentraler Inhalte beitragen.

Begriffe



Fachbegriffe und theoretische Konzepte klar und verständlich einführen und bei Bedarf auch mehrfach erläutern – insbesondere Begriffe, die in verschiedenen Programmsitzungen verwendet werden.

Vernetzung



Aufbau und Verstetigung dauerhafter Vernetzungsstrukturen durch die Bereitstellung einer Kontaktliste der Teilnehmenden (mit vorheriger Zustimmung) sowie durch ein digitales Format (z. B. ein Newsletter), um den Austausch auch nach Programmabschluss aufrechtzuerhalten.

Steckbriefe



| | |
|-------------------------|--|
| Träger | Frauenberatungsstelle Düsseldorf e.V. |
| Seit | 1982 |
| Funktion | Beratung und Unterstützung für Frauen in verschiedenen Lebenssituationen, insbesondere bei Gewalterfahrungen |
| Zentrale Aufgabe | Verbesserung spezifischer Lebensbedingungen von Frauen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene |
| Zielgruppe | Frauen in verschiedenen Lebenssituationen, insbesondere Frauen, die Gewalt erfahren |
| Besonderheiten | Arbeit basiert auf Standards feministischer Beratung und Therapie, kostenfrei und auf Wunsch anonym, spezialisierte Unterstützung, bietet Veranstaltungen und Workshops an |



| | |
|-----------------------|--|
| Träger | Königinnen und Helden e.V. |
| Seit | 2013 |
| Funktion | Geschützter Raum für Kunst und Kultur im multikulturellen Stadtteil Oberbilk |
| Zielgruppe | Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen jeglicher Herkunft |
| Besonderheiten | Enge Kooperation mit Anwohner:innen, Kindergärten, Schulen, Bürgerinitiativen, Künstler:innen und gleichgesinnten Kulturinteressierten |



| | |
|-----------------------|---|
| Träger | Stadt Düsseldorf |
| Seit | 1994 |
| Funktion | Koordination kriminalpräventiver Maßnahmen und systematische Verhütung von Straftatendere bei Gewalterfahrungen |
| Zielgruppe | Bürger:innen der Stadt Düsseldorf |
| Besonderheiten | Ämter- und behördenübergreifende Zusammenarbeit |

Literatur

► Berding, N. (2016). Zum Umgang mit Vielfalt im öffentlichen Raum. Eine ethnografische Sozialraumanalyse zum Lessingplatz in Düsseldorf-Oberbilk. In: sozial-raum, 8(1), <https://www.sozialraum.de/zum-umgang-mit-vielfalt-im-oeffentlichen-raum.php> (Zugriff: 14.04.2025).

► Becton, J., Meadows, L., Tears, R., Charles, M. & Ioimo, R. (2005). Can citizen police academies influence citizens' beliefs and perceptions? In: Public Management, 87(4), S. 20-23.

► Birkel, C., Church, D., Erdmann, A., Hager, A., & Leitgöb-Guzy, N. (2022). Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

► Breen, M. E. & Johnson, B. R. (2007). Citizen Police Academies: An Analysis of Enhanced Police-Community Relations among Citizen Attendees. In: The Police Journal, 80(3), S. 246-266.

► Brewster, J., Stoloff, M., & Sanders, N. (2005). Effectiveness of citizen police academies in changing the attitudes, beliefs, and behavior of citizen participants. In: American Journal of Criminal Justice, 30(1), S. 21-34.

► Bär, G., Kasberg, A., Geers, S. & Clar, C. (2020). Fokusgruppen in der partizipativen Forschung. In: S. Hartung et al. (Hrsg.), Partizipative Forschung: Ein Forschungsansatz für Gesundheit und seine Methoden. Springer VS.

► Bässmann, J. & Vogt, S. (1997). Community Policing. Projektbericht des Bundeskriminalamtes zu den Erfahrungen in den USA. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.

► EUCPN & CEPOL (Hrsg.) (2019). Bürgernahe Polizeiarbeit in der Europäischen Union heute. Online: https://eucpn.org/sites/default/files/document/files/Toolbox%2014_DE_LR.pdf (Zugriff: 14.04.2025).

► Gill, C., Weisburd, D., Telep, C. W., Vitter, Z., & Bennett, T. (2014). Community-oriented policing to reduce crime, disorder and fear and increase satisfaction and legitimacy among citizens: a systematic review. In: Journal of Experimental Criminology, 10(4), S. 399-428.

► Jordan, W. T. (2000). Citizen police academies: Community policing or community politics? In: American Journal of Criminal Justice, 25, S. 93-105.

► Knauf, H. (2011). Tiefgreifender Dialog: Elemente des World Cafés in der Hochschullehre. In: Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung, 2, S. 68-72.

► Köhler, T., Krehl, A., Lelong, B., Plöger, J., Reimer, M., Siedentop,

S., Weck, S. & Zakrzewski, P. (2018). International vergleichende Stadtforschung. Eine Handreichung für die wissenschaftliche Praxis im ILS. Dortmund: ILS- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung.

► Landeshauptstadt Düsseldorf – Amt für Statistik und Wahlen (2024). Quartiersatlas 2024 - Sozialer Handlungsbedarf und Fluktuation (Nr. 61). Amt für Statistik und Wahlen. Online: https://statistik.duesseldorf.de/sites/download/Veroeffentlichungen/06_Beitraege_zur_Statistik_und_Stadtforschung/Quartiersatlas_2024_-_Sozialer_Handlungsbedarf_und_Fluktuation.pdf (Zugriff: 14.04.2025).

► Lee, T. L. (2016). Tennessee citizen police academies: program and participant characteristics. In: American Journal of Criminal Justice, 41(2), S. 236-254.

► Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2021). Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“. Abschlussbericht. Band 1 - Auftrag, Lagebild, Datenerhebungen und Handlungsempfehlungen. Düsseldorf: Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen. Online: <https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/berichtstrechtsband1.pdf> (Zugriff: 14.04.2025).

► Office of Community Oriented Policing Services (2012). Community-oriented policing defined. Washington, DC: U.S. Department of Justice, Office of Community Oriented Policing Services. Online: <https://portal.cops.usdoj.gov/resourcecenter/content.ashx/cops-p157-pub.pdf> (Zugriff: 14.04.2025).

► Oppers, J. D., Lukas, T., & Kollek, N. (2024). Polizei-Ordnungsdienst-Bürger. Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms (EQAL). In: Transforming Cities, 9(2), S. 50-54.

► Palmiotto, M. J. & Unnithan, N. P. (2002). The impact of citizen police academies on participants: An exploratory study. In: Journal of Criminal Justice, 30(2), S. 101-106.

► Perez, N. M., Nguyen, T. & Vogel, B. (2022). The lasting effect of community police academies: Results of a 6-month follow-up. In: The Police Journal, 95(3), S. 459-472.

► Pickery, J. & Carton, A. (2008). Oversampling in Relation to Differential Regional Response Rates. In: Survey Research Methods, 2(2), S. 83-92.

► Pope, J., Jones, T., & Cook, S. (2007). Citizen's Police Academies: Beliefs and Perceptions regarding the Program. In: Applied Psychology in Criminal Justice, 3(1), S. 42-53.

► Schneider, H. (2020). Oberbilk – eine Welt aus vielen Kulturen. In: 40zwozwo7, 4, S. 40-41.

► Schneider, J. & Lukas, T. (2023). Polizeivertrauen in diversität-geprägten Stadtquartieren: Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms zur Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Polizei, Ordnungsdienst und Stadtgesellschaft. In: forum kriminalprävention, 1, S. 20-23.

► Sherman, L. W. & Eck, J. E. (2002). Policing for crime prevention. In: L. W. Sherman, D. P. Farrington, B. C. Welsh, & D. L. MacKenzie (Hrsg.), Evidence-based crime prevention. New York: Routledge.

► Skogan, W. G. (2006). The promise of community policing. In: D. L. Weisburd & A. A. Braga (Hrsg.), Police Innovation: Contrasting perspectives. New York: Cambridge University Press.

► Skogan, W. G. & Frydl, K. (2004). Fairness and effectiveness in policing: The evidence. Washington/DC: National Academies Press.

► Rheinische Post (2020). Oberbilk kümmert sich um seinen Ruf, 30.10.2020. Online: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/stadtteile/oberbilk/stadtteileleben-in-duesseldorf-oberbilk-kuemert-sich-um-seinen-ruf_aid54172351 (Zugriff: 14.04.2025).

► Spiegel TV (2018). Gentrifizierung in Düsseldorf-Oberbilk: Verdrängung und Vertreibung [Video]. DER SPIEGEL. Online: <https://www.spiegel.de/video/spiegel-tv-magazin-ueber-entmietung-in-duesseldorf-oberbilk-video-99016833.html> (Zugriff: 14.04.2025).

► Süddeutsche Zeitung (2016). 40 Festnahmen bei Großrazzia im Düsseldorfer Maghreb-Viertel. Online: <https://www.sueddeutsche.de/panorama/nrw-grossrazzia-im-maghreb-viertel-in-duesseldorf-1.2821254> (Zugriff: 14.04.2025).

► Tyler, T. (2017). Procedural Justice and Policing: A Rush to Judgment? In: Annual Review of Law and Social Science, 13(1), S. 29-53.

► Thavaseelan, T. (2024). Die mediale Darstellung von sozialen Problemlagen und Kriminalität in diversitätsgeprägten Stadtteilen. Eine Diskursanalyse der Presseberichterstattung über den Düsseldorfer Stadtteil Oberbilk in den Jahren 2016-2023. Wuppertal: Bergische Universität Wuppertal (unveröffentlicht).

► Weisburd, D. L. & Eck, J. E. (2004). What can police do to reduce crime, disorder, and fear? In: Annals of the American Academy of Political and Social Science, 593(1), S. 42-65.

► Westdeutsche Zeitung (2016). Großrazzia in Klein-Marokko, 17.01.2016. Online: https://www.wz.de/nrw/duesseldorf/grossrazzia-in-klein-marokko_aid-28288187 (Zugriff: 14.04.2025).

► Westdeutsche Zeitung (2020). Der Düsseldorfer Stadtteil Oberbilk kämpft um seinen Ruf. Online: https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/stadtteile/oberbilk/stadtteileleben-in-duesseldorf-oberbilk-kuemmert-sich-um-seinen-ruf_aid-54172351 (Zugriff: 14.04.2025)

Infobox

Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei Nordrhein-Westfalen“

Die Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ wurde im Jahr 2020 im nordrhein-westfälischen Ministerium des Innern eingerichtet. Den Hintergrund bildete das Bekanntwerden rechtsextremer Chatgruppen im Polizeipräsidium Essen. Das Ziel der Stabsstelle war die Entwicklung eines Handlungskonzepts zur Früherkennung, Entgegnung und Vorbeugung rechtsextremistischer Tendenzen in der Polizei. Der zweibändige Abschlussbericht enthält Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Polizei NRW, die auf folgenden Leitgedanken beruhen:

- Werte vermitteln und demokratische Resilienz stärken
- Wissen erweitern und Praxis verändern
- Führung stärken und Risikofaktoren erkennen
- Organisation entwickeln und Professionalität fördern

Die Handlungsempfehlungen wurden am 02.09.2021 von Innenminister Herbert Reul im nordrhein-westfälischen Landtag vorgestellt.

Quellen

- Design von Witalina Murawski
- Fotografie auf S. 27 (unten) von David Young
- Icons von Freepik von www.freepik.com

Danksagung

Die Durchführung des Projekts wäre ohne die Unterstützung vieler helfender Menschen kaum möglich gewesen. Sehr herzlich möchten wir uns bei Yvonne Becker und Thorsten Fleiß vom Polizeipräsidium Düsseldorf, Wolfgang Lukoschat und Holger Körber vom Ordnungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Josua Schneider von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung und Nadine Kollek vom Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit bedanken. Besonderer Dank gilt zudem David („Dave“) Rubel vom Federal Bureau of Investigation, der den transatlantischen Austausch ermöglichte.



